

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



Annexion

- 2009: Das 20. Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer/Das 2. Jahr der Weltwirtschaftskrise/Der Beginn eines Weltkrieges? S.2
- Zum 10. Jahrestag des deutschen Angriffskrieges gegen Jugoslawien S.3
- Deutschland, die Bombe/ Ein Experiment/ Berlin, 3. 10.08 S.6
- Aufruf "Für unser Land" DDR, 1989 S.7
- Wichtig gefragt! S.8

Staatsumbau

- Das Technische Hilfswerk: Geschichte und neue Aufgaben S.20
- 2. Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik am 08./09.11.08 in Hamburg S.23
- Das Gesinnungsverfolgungsgesetz S.24
- Buchvorstellung: Fakten für die Einheits- und Volksfront. Gegen den Notstand der Republik. S.15

Krise

- Fakten zur Weltwirtschaftskrise S.10
- Was hat die DDR mit der Krise zu tun? S.4
- Kämpfe der Jugend und Arbeiter in anderen Ländern S.13
- Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Jugend S.14
- Die Weltwirtschaftskrise von 1929 S.16
- Verdi-Jugend, Bundesvorstand: "Zur Lage des Systems" S.18

1. Mai

- 1. Mai – dieses Jahr erst recht! S.28
- Zur Geschichte des 1. Mai S.28

Berichte, Flugblätter,....

- Ostermarsch Thüringen 2009 S. 25 / Ihr bekommt uns nicht in die Finger S. 26 / "Lied.Gut.": Vor Dummheit geschützt? S. 32 / Faschisten Aufmarsch Dresden S. 33 / Die Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus für DDR-Hetze S.34

Das 20. Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer Das 2. Jahr der Weltwirtschaftskrise Der Beginn eines Weltkrieges?

Zwanzig Jahre Fall der Berliner Mauer und die aktuelle Weltwirtschaftskrise haben mehr miteinander zu tun, als die Meisten glauben. Und beides hat mehr mit unseren Zukunftsaussichten zu tun, als wir glauben möchten. Warum?

Vor rund zwanzig Jahren fiel nicht nur ein kleines Stück Betonwerk in Berlin zusammen, sondern eine weltumspannende, unsichtbare Mauer zwischen zwei Gesellschaftssystemen, zwischen dem sozialistischen Block und dem imperialistisch beherrschten Block. Die Handvoll imperialistischer Staaten haben erstmals seit Anfang des letzten Jahrhunderts wieder die Möglichkeit, über die ganze Welt zu herrschen. Der Sozialismus hat eine vorläufige Niederlage erlitten. Der Kapitalismus stellt wieder das einzige und allumfassende System der Weltwirtschaft dar (von wenigen Ausnahmen abgesehen). Und doch ist alles anders als damals, zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Damals war der Kapitalismus zum Imperialismus geworden. Er hatte seine Herrschaft auf die ganze Welt ausgedehnt, es gab keine weißen Flecken mehr, alles war feinsäuberlich in Kolonien und Einflussphären eingeteilt. Kaum war dieser Prozess abgeschlossen, machte die ungleichmäßige Entwicklung der Ökonomie der einzelnen Länder eine Neuaufteilung notwendig. Notwendig in erster Linie für den ökonomisch erstarkten deutschen Imperialismus, der die Welt in den 1. Weltkrieg stürzte.

Die daraus erfolgte Neuaufteilung bestand im Wesentlichen darin, dass die Imperialisten den Zugriff auf ein Sechstel der Erde verloren. Ein Sechstel der Erde, in dem die russischen Arbeiter und Bauern, die genug von Ausbeutung und Unterdrückung hatten, IHRE Macht begründeten. Die sozialistische Sowjetunion führte den Arbeitern in den kapitalistischen Ländern und den Kolonialvölkern täglich vor Augen,

dass es auch ein Leben ohne Unterdrückung, Ausbeutung, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Wirtschaftskrisen geben kann. Der Imperialismus war um eine riesige Einflussphäre und um gigantische Rohstoffquellen ärmer, vor allem aber seiner Autorität in der Welt beraubt. Die dem Kapitalismus innewohnenden zyklischen Wirtschaftskrisen wuchsen sich auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus zur Wirtschaftskrise von 1929 aus, die tiefer, schärfer und langwieriger war als alle Krisen zuvor. Eine Verschärfung des Klassenkampfes und wachsende Widersprüche zwischen den Imperialisten waren die Folge. Die krisengeschüttelte, geschwächte deutsche Monopolbourgeoisie sah ihre einzige Rettung in der faschistischen Diktatur und im Krieg.

Und wieder war es der deutsche Imperialismus, der die Menschheit in einen Weltkrieg stürzte. Das Ergebnis war eine verwüstete Welt, aber auch eine siegreiche Sowjetunion, das Ergebnis waren Millionen von Toten, aber auch ein weiteres Sechstel der Erde, das sich vom Imperialismus befreite, das Ergebnis waren zwei deutsche Staaten, aber auch ein geschwächter deutscher Imperialismus.

So stand es Mitte des letzten Jahrhunderts: Ein Drittel der Erde war rot und den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. Ja, der Sozialismus ist nicht aufzuhalten, nicht durch ökonomische Ausgrenzung und imperialistische Kriege und schon gar nicht durch Ochs und Esel, nur durch die Fehler der Kommunisten selber und von denen, die sich noch so nannten. Die aus der Entwicklung der gesamten sozialistischen Produktion die Entwicklung einzelner Produktionszweige mit kapitalistischen Mitteln machten, die aus dem Kampf gegen den Kapitalismus die Verschuldung beim selbigen machten. Solche und andere Fehler waren es, die zum Zusammenbruch der sozialistischen Staaten führten. Nur stellte dieser nicht zugleich einen neuen Aufstieg des Kapitalismus dar.

Der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus ist nicht in der Lage, sein Wirtschafts- und Herrschaftssystem auf dem Gebiet der ehemals sozialistischen Staaten zu installieren. Er ist nicht in der Lage, aus der gesellschaftlichen und hochmonopolisierten Produktion dieser Staaten eine kapitalistische zu machen, er kann sie nur zerschlagen. Er ist nicht in der Lage, neue Bourgeoisien herauszubilden, deren Macht sich auf den Besitz von Produktionsmitteln stützt, er bringt nur noch schwache Bourgeoisien hervor, deren kleiner Reichtum sich auf die Ausplünderung des ehemals gesellschaftlichen Eigentums und der Rohstoffe stützt. Der Imperialismus



Menschenkette mit Transparentaktion am 23. Mai 1999 (Tag der Bundespräsidentenwahl) gegen den Jugoslawienkrieg vor dem Brandenburger Tor in Berlin
Foto G. Senft

Erklärung der FDJ an den 2. Friedenskonvoi nach Belgrad

Zum 10. Jahrestag des deutschen Angriffskrieg gegen Jugoslawien

ist nicht in der Lage, die Millionen Arbeiter auszubeuten, die alles verloren haben, die Fabriken und die Macht im Staat, die nichts mehr als ihre Arbeitskraft besitzen, er kann sie nur verhungern lassen. Die vorläufige Niederlage des Sozialismus ist kein Sieg des Kapitalismus, sondern macht vielmehr deutlich, dass der Kapitalismus unfähig ist, weiter über die Welt zu herrschen.

Einen ähnlichen Weg wie die anderen sozialistischen Staaten hatte auch die DDR bis 1989 eingeschlagen, mit dem Unterschied, dass am Ende dieses Weges die BRD bereitstand. Bereitstand, aus „Wir sind das Volk“ „Wir sind ein Volk“ zu machen. Bereitstand, aus den wirtschaftlichen Problemen (die mit kapitalistischem Maßstab gemessen ein Witz waren) die Enteignung und Zerschlagung der gesamten Volkswirtschaft zu machen. Bereitstand, die DDR zu annektieren. Mit schwerwiegenden Folgen für die Bürger der DDR, für den Bestand der bürgerlichen Republik und für den Frieden in der Welt. Die Zerstörung von Betrieben, Bildungsinstitutionen und Kultureinrichtungen führte zu Massenarbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftlicher Verelendung. Die Auflösung des Staatsapparates der DDR machte den Aufbau eines neuen, auf die Unterdrückung des annektierten Volkes ausgelegten Staatsapparates notwendig, und damit den Ausbau und Umbau des gesamten Staatsapparates der BRD.

Die Annexion eines Staates fördert nicht den Frieden in der Welt, im Gegenteil: Der deutsche Imperialismus hat damit die Nachkriegsordnung für beendet erklärt und rüstet sich für einen dritten Weltkrieg.

Das vergangene Jahrhundert hat die Welt radikal und nachhaltig verändert. Während die Imperialisten ihren angeblichen Sieg über den Sozialismus feiern, geraten sie mehr und mehr aneinander bei der Aufteilung des zugewonnenen Gebietes und können es doch nicht fassen. Die Annexionisten der BRD feiern 20 Jahre Mauerfall und haben den Brocken DDR noch lange nicht verdaut, der vielmehr wie ein Klotz an ihrem Bein klebt und sie so zu neuen Eroberungen drängt, um die gefeierte zu bezahlen. In diese Situation trifft die aktuelle

Heute, im 20. Jahr nach dem Beginn der deutschen Zersetzung Jugoslawiens, heute, im 10. Jahr nach Beginn des 3. deutschen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, heute, im 10. Jahr nach Beginn des deutschen Protektorats im Kosovo

müssen wir mit Wut und Betroffenheit feststellen, dass Krieg und Besatzung gegen die Völker Jugoslawiens andauern.

Eure Regierenden fürchten Euch, die Werktätigen Jugoslawiens, gerade in Zeiten wie diesen, in denen der Kapitalismus, der Imperialismus weltweit tagtäglich sichtbarer unter Beweis stellt, dass er keine Zukunft bietet – außer Zerstörung und Krieg.

Und sie fürchten Euch, weil sie wissen, dass sie und Ihresgleichen nur an die Macht kommen konnten und sich an der Macht halten können, weil sie abhängig von den Interessen der westlichen Imperialisten sind.

Es war der deutsche Imperialismus - kaum hatte er vor 19 Jahren die DDR annektiert - der die Völker Jugoslawiens gegeneinander hetzte und zerteilte.

Es war der deutsche Imperialismus, der solange Stück für Stück die Zersetzung Jugoslawiens vorantrieb, bis die anderen Imperialisten, allen voran die USA nicht mehr tatenlos zusehen mochten, wie sich die Deutschen immer mehr unter den Nagel rissen. Und sich deswegen mit Krieg und Besatzung in die Zerschlagung Jugoslawiens einmischten.

Die Widersprüche der Räuber untereinander verschärfen sich seitdem und weltweit täglich, beschleunigt durch die weltweite Krise des Kapitalismus.

Es war der deutsche Imperialismus, der beim gemeinsamen Angriffskrieg der Räuber auf Euer Land zum dritten Mal innerhalb des letzten Jahrhunderts Jugoslawien überfallen hat.

Heute, am 24. März jährt sich dieser Angriff zum 10. Mal.

Wir haben nicht vergessen, welches Leid dieser Krieg und die bis heute andauernde Besatzung großer Teile Jugoslawiens über die Völker gebracht hat.

Wir wissen: Einen dauerhaften und wirklichen Frieden werden sich die Völker Jugoslawiens gegen ihre Bourgeoisien erst erkämpfen können, wenn den Imperialisten das Handwerk gelegt ist. Wir wissen aber auch, dass der gemeinsame Überfall der Imperialisten auf Euer Land, wie auch die anderen Kriege derzeit, uns der Gefahr eines großen Kriegs der Räuber untereinander immer näher bringt. Es sei denn, wir fallen den Kriegstreibern diesmal zuvor in den Arm.

Den deutschen Imperialismus zu zerschlagen, ist dabei unsere Hauptaufgabe und gleichzeitig unsere beste Solidarität mit Eurem Kampf.

Freundschaft!

Freie Deutsche Jugend

Weltwirtschaftskrise, die tiefste und schärfste seit dem 2. Weltkrieg, wenn nicht seit Bestehen des Kapitalismus überhaupt.

Sie wird die Jugend in der BRD und der annektierten DDR in den sozialen Abgrund führen. Sie führt längst zu einem beschleunigten Umbau des Gewaltapparates und einer Abwendung von der bürgerlichen Demokratie, vielleicht sogar in den Faschismus. Sie führt unabweichlich zu einer Verschärfung der Widersprüche unter den Imperialisten,

vielleicht sogar in den dritten Weltkrieg.

Da stehen wir heute, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, mit der auch die Chance auf soziale Sicherheit und Frieden, für wenigstens einen Teil von uns fiel. Wir haben nichts zu feiern und nichts mehr zu verlieren. Wir haben nur eine Wahl: kämpfen! Gegen Faschismus und Krieg! Gegen die Annexion der DDR! Gegen den deutschen Imperialismus!

Was hat die DDR mit der Krise zu tun?

Wären die Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von der Weltwirtschaftskrise betroffen, wenn es die DDR noch gäbe?

Hmm, weiß nicht, wirst du sagen. Und vielleicht noch: Warum ist das denn überhaupt wichtig? Die DDR gibt's eben nicht mehr.

Stell dir vor, wir sitzen mit diesen Fragen beieinander und suchen beide eine Antwort. Wir wissen beide: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Ein winziger Teil der Menschheit eignet sich fast allen Reichtum dieser Erde an. Für den Rest bleibt so wenig, dass schon wieder alle sechs Sekunden ein Kind an Unterernährung stirbt. Die Schere zwischen Reich und Arm klafft immer weiter auseinander, auch in diesem Land, der BRD, das eigentlich zu den reichsten Ländern der Welt gehört.

Wir beide haben also noch etwas vor, und wollen nicht bei den Verhältnissen hier stehen bleiben. Wir wollen es besser machen. Da haben wir dann schon die Antwort auf den zweiten Teil der Frage, warum das Wissen um die DDR für uns wichtig ist.

Warum aber wären die Menschen dort nicht von der Weltwirtschaftskrise betroffen gewesen?

Der entscheidende Unterschied hört sich ganz einfach an: Weil dort kein Kapitalismus herrschte. Na super, was'n das für 'ne Antwort, sagst du jetzt.

Ja, weil im Sozialismus Betriebe, Rohstoffe und Maschinen Eigentum Aller sind. Was und wieviel hergestellt werden soll, wird anhand der Bedürfnisse der Bevölkerung geplant. Ob dieser Plan ausreicht oder nicht, das stellt sich zwar auch erst heraus, ist aber schon ein deutlicher Fortschritt zu dem Zustand im Kapitalismus, wo drauflos produziert und am Ende erst geschaut wird, ob man die Waren losbekommt.

Was die Menschen im Sozialismus erarbeiten, gehört nicht einem Einzelnen, sondern der gesamten Gesellschaft. Sie entscheiden mit, was mit diesem Reichtum gemacht wird. Sie besitzen damit mehr, als das was ihnen auch hier im Kapitalismus an Lohn zugestanden wird.

Sie können damit nicht nur mehr an der Gesellschaft teilhaben, nein es ist sogar unbedingt notwendig, dass sie es tun. Was das für Möglichkeiten eröffnet, das

hat Jürgen Kuczynski vor 30 Jahren mal sehr schön in seinem Buch „Dialog mit meinem Urenkel“ beschrieben. (siehe Kasten)

Und vormachen dürfen wir uns dabei nichts. Das bedeutet auch harte Arbeit und Einschnitte an Bequemlichkeiten. Als Beispiel: Noch profitieren wir von der Ausbeutung der Menschen anderer Länder. Verzichten wir darauf, heißt das z.B., dass die T-Shirts hier genäht werden müssen und nicht mehr für 1 Euro Hungerlohn in Süd-Korea oder China.

Gebraucht wird jeder beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Und zeigt das nicht auch, welche irrsinnigen Möglichkeiten hier im Kapitalismus gerade brachliegen, mit jedem Menschen, der nicht mehr gebraucht wird und auf die Straße fliegt? Wieviel Intelligenz, wie viel Ideen und Tatkraft da nicht genutzt werden und in dieser Weltwirtschaftskrise mit jedem Tag Tausende mehr? Das könnten sich die Menschen im Sozialismus gar nicht leisten.

Und warum ist das dann hier im Kapitalismus so? Diese Frage hat sich damit noch nicht geklärt, wirst du mir vielleicht sagen.

Weil eben im Kapitalismus nicht die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse berechnet werden. Die Kapitalisten würden vielleicht gern, und es gelingt ihnen als Monopolkapital auch schon ganz gut. Aber der Widerspruch bleibt bestehen zwischen einer Produktion, die nur von der gesamten Gesellschaft konsumiert werden könnte und einer privaten Aneignung des Profits, den sich eben nur Wenige unter den Nagel reißen, die gar nicht so viel konsumieren können, wie sie müssten und von dem große Teile der Bevölkerung von vornherein ausgeschlossen sind. Es kann also gar nicht wirklich geplant werden, was eigentlich gebraucht wird und muss einfach drauflos produziert werden, wenn ein Kapitalist meint, einen Bedarf entdeckt zu haben (und damit bleibt er meistens nicht allein).

Das kann alles nur so lange gut gehen, bis sich herausstellt, dass der Bedarf gedeckt ist bzw. die Kaufkraft der Menschen ausgeschöpft ist. Und darum kann es auch nicht anders sein, als dass dieses Gesellschaftssystem so anfällig gegenüber Wirtschaftskrisen, oder auch



Überproduktionskrisen ist. Da lässt sich auch nichts regulieren, dieser Fehler liegt einfach im System.

Ein Beispiel: Werden nicht weltweit zur Zeit genug Computer produziert, um jede Schule damit auszustatten? Gebrauchen könnten sie alle Kinder dieser Erde, egal ob in Afrika oder Indien, aber meistens ist noch nicht einmal Geld für Schulbücher da, sehr oft gibt es auch noch nicht mal Strom. Und trotzdem hat nur ein sozialistisches Land wie Cuba die Möglichkeit, zu sagen: Weil es uns wichtig ist, bekommt jede Schule mindestens einen Computer, wenn es sein muss, sparen wir das Geld dann an anderer Stelle ein. Die Cubaner können das, weil ihr Land sozialistisch ist, im Gegensatz zum Nachbarland Haiti, wo hunderttausende Kinder gar keine Schule von innen kennen und noch nicht mal die Chance haben, lesen und schreiben zu lernen.

Auch die Menschen in der DDR konnten so etwas entscheiden. An vielen Stellen taten sie es und haben Hervorragendes geleistet.

Du hast Recht, da öffnet sich die nächste Frage: Warum haben sie es dann einfach aufgegeben? Wenn sie so viele Möglichkeiten hatten, warum haben sie diese dann nicht genutzt?

Ich kann dir das heute auch noch nicht ausreichend beantworten. Bin selber noch am lernen. Es wurden viele Fehler gemacht und eigentlich geht das ja auch gar nicht anders, weil es keine fertige Betriebsanleitung für den Aufbau des Sozialismus gibt.

Eines ist aber sicher, sie hatten im Sozialismus selbst alle Möglichkeiten dazu, die Fehler anzugehen und zu korrigieren, weil es ihr Staat war, und weil nicht nur die Betriebe, die Schulen und die Wohnungen, sondern auch die Regierung, die Armee und die Medien in ihren Händen waren. Diese Möglichkeiten haben wir heute nicht.

Wir haben sie heute noch nicht, aber was nicht ist, kann ja noch werden. Und weißt du, dann haben wir einen entscheidenden Vorteil, dass da schon mal Fehler gemacht wurden. Und diese sind ja fast schon eine Betriebsanleitung, oder?

Anita

„Die entscheidende Voraussetzung für den Sozialismus ist, wie Du überall nachlesen kannst, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Tatsache, dass sie Gemeinschaftseigentum sind, allen gehören. Aber das ist letztlich doch eine sehr abstrakte Sache. Kein Arbeiter, der bei uns an einer Maschine steht, hat das Gefühl, dass ihm ein siebzehnmillionstel Teil dieser Maschine gehört, und ebensowenig denkt eine Verkäuferin bei einer Kiste Äpfel daran, dass es sich hier um Volkseigentum handelt, an dem sie zu einem siebzehnmillionstel beteiligt ist. Ganz konkret erleben aber können die Menschen, dass auf Grund dieses Gemeinschaftseigentums an den Produktionsmitteln unsere Wirtschaft nicht, wie die des Kapitalismus, anarchisch verläuft, sondern jedem der Arbeitsplatz gesichert ist; dass es keine Arbeitslosigkeit bei uns gibt, dass die Grundkosten unseres täglichen Lebens nicht dauernd steigen, die Preise also gesichert sind; dass die Mietkosten nicht „einfach“ willkürlich erhöht werden können, auch sie also gesichert sind; dass auf Grund eines gesicherten Einkommens jeder von uns auch gesicherte Pläne machen kann: für seine Weiterbildung, seine Ferien, Anschaffungen für alles, was im Bereich seiner Möglichkeiten liegt. [...] Trotz allen Fortschritts in der Millionen von Jahren umfassenden Geschichte der Gesellschaft waren die Menschen niemals ihrer Arbeit und darum ihres Lebensunterhalts sicher wie auch umgekehrt: ihres Lebensunterhalts und darum ihrer Arbeit. Das erscheint mir als die vielleicht größte Leistung des Sozialismus. Denn diese Sicherheit des Arbeitsplatzes und des Lebensunterhalts strahlt Sicherheit auf das ganze Leben der Menschen aus, verändert ihren Charakter...“

Jürgen Kuczynski, „Dialog mit meinem Urenkel“

Hallo Genossinnen und Genossen der Fanfare-Redaktion,

in den Räumen der Jugendbibliothek-Gera e.V. wurde vom 27.02-01.03.2009 ein DDR-Seminar durchgeführt. Wir bitten euch, den untenstehenden Text, in eurer Zeitung zum nächstmöglichen Termin abzudrucken.

Nachbetrachtung zum DDR-Seminar:

Zwanzig Jahre ist es her, dass in dem Teil Deutschlands, in welchem 40 Jahre lang die Macht des Großkapitals gebrochen war, nun auch die alten Besitzverhältnisse wieder hergestellt wurden.

Weil solche Jahresdaten von der Bourgeoisie gerne genutzt werden um fleißig Hetz- und Propagandaarbeit zu betreiben, hat sich die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) entschlossen vom 27.02.2009 bis 01.03.2009 in der Jugendbibliothek Gera ein DDR-Seminar durchzuführen.

Ziel war es, durch Vorträge über die DDR-Geschichte, die Jugendlichen mit Argumenten auszurüsten damit sie für die zu erwartende diesjährige Propagandaschlacht gut vorbereitet sind.

Nach Einschätzung der Anwesenden war eine erfreulicherweise über dem Durchschnitt liegende Anzahl von Teilnehmenden zu verzeichnen. Die Vorträge wurden von den Jugendlichen selbst ausgearbeitet und thematisierten die Geschichte der DDR von der Teilung Deutschlands bis zur Konterrevolution. Anschließend wurden die Vorträge durch einen Gastexperten bereichernd ergänzt.

Die Grundversorgung wurde, wie bereits wiederholt erprobt, zuverlässig durch die Jugendbibliothek Gera gesichert. Die neuen Räumlichkeiten boten ausreichend Platz. Auch in Zukunft wird es wieder ähnliche Veranstaltungen in der Jugendbibliothek Gera geben. Jeden dritten Samstag im Monat sind Vorträge zu verschiedenen Themen organisiert. Über zahlreichen Besuch zu den Vorträgen bzw. zu den Öffnungszeiten (wöchentlich mittwochs von 16 - 20 Uhr und samstags 14 - 18 Uhr) freut sich die Jugendbibliothek sehr.

Jugendbibliothek Gera e.V.,
Werner-Petzold-Strabe 17, 07549 Gera
www.jugendbibliothek-gera.fo.to.de

Über den Abdruck in Ihrer Zeitung freuen wir uns sehr.

Mit solidarischen Grüßen
Michael
Im Auftrag der Jugendbibliothek-Gera e.V.

Deutschland, die Bombe

Berlin, 3. Oktober 2008

Unter den Linden



DER LINKE AUF DEM STAHLFASS:
Ich beginne mit einem Zitat von mir:

Der Optimist glaubt, diese Welt sei die beste aller möglichen. Und der Pessimist weiß, dass es so ist."

Denken Sie darüber nach.

(Zeigt auf das rechte Stahlfass.)

Auf der anderen Seite sehen Sie jemand, der bis vor 18 Jahren Bürger eines anderen deutschen Staates war.

Zwischen uns befindet sich ein Mitglied des Zentralkomitees des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD und einer seiner Gründer (Thomas Schmitz-Bender = TSB.)

Er will uns ein Experiment vorführen.

Vor ihm stehen zwei Teile, die aus exakt dem gleichem Material sind. Ein Hohlkörper.

(TSB hält den Hohlkörper hoch.)

Und ein Teil, das genau in diesen Hohlkörper passt.

(TSB hält das andere Teil hoch.)

Mit Teilen dieser Art haben wir die erste Atombombe konstruiert, die über einer



Stadt und den Menschen, die darin lebten, abgeworfen wurde. Über Hiroshima. Im August 1945. Die Konstruktion ist derart überzeugend, daß wir sie vor dem Abwurf nicht einmal ausprobiert haben.

My name is Robert Oppenheimer. Ich gelte als Vater der Atombombe. Ich sage das ohne Stolz. Denn ich habe zutiefst bereut, es gewesen zu sein.

(Wendet sich an TSB.)

Beginnen Sie mit Ihrem Experiment. (TSB setzt eine Schutzbrille auf und führt den kleineren Teil von oben in den Hohlkörper ein. Es tut sich nichts.)

Aha, es wird also sozusagen versucht, mit dem kleineren Teil den größeren anzugreifen. Da kann ich Ihnen gleich sagen: So haben wir es nicht gemacht! Nur der größere Teil, der Hohlkörper, kann exakt geführt werden. Versuchen Sie es mal andersherum.

(TSB stellt den kleineren Teil auf den Tisch, und drückt den größeren, den Hohlkörper, von oben darauf.)

Ja, so haben wir es gemacht. Wir haben den größeren Teil auf den kleineren geschossen! Mit Hilfe einer normalen Sprengladung.

(Inzwischen raucht es aus den Teilen. TSB steht auf und entfernt sich. Die beiden gehen hinter den Stahlfässern in Deckung. Aus dem Ding auf dem Tisch schießt eine Stichflamme. Danach ist zunächst nur eine kleine Flamme zu sehen.)

Dann setzte die atomare Kettenreaktion ein. Erst langsam, dann immer schneller. Alles natürlich im Millisekundenbereich.

(Das Ding auf dem Tisch beginnt, sich zu entflammen, und brennt ein paar Minuten sehr hell. Danach inspiziert die Frau die Reste auf dem Tisch, und beide setzen sich wieder auf die Stahlfässer.)

DIE FRAU AUF DEM STAHLFASS:
Es ist fast nichts übrig geblieben.

DER LINKE:

Das war natürlich keine Atombombe.

DIE FRAU:

Höchstens eine kleine Brandbombe.

DER LINKE:

Oder allerhöchstens das Modell einer Atombombe. In Zeitlupe .

DIE FRAU (wird gesprächiger):

Ja. Es wächst zusammen, was zusammengehört.

DER LINKE: Was wächst zusammen?

DIE FRAU: Die beiden Deutschlands.

DER LINKE:

Und das ergibt eine kritische Masse?

DIE FRAU: Wie bei einer Atombombe.

DER LINKE: Fahren Sie fort.

DIE FRAU:

Deutschland war immer schon ein explosives Material.

DER LINKE:

Wo es zweimal endete, wissen wir.

(Pause)

Auf dieses zweite Mal hin bauten wir ja die Atombombe.

DIE FRAU:

Die Welt schlief ruhiger, als es noch zwei deutsche Staaten gab.

DER LINKE: Und jetzt?

DIE FRAU:

Vielleicht stellt sich heraus, dass es ein anderes Material ist.

DER LINKE:

Wer soll ein anderes Material sein?

DIE FRAU:

Die DDR (oder um es ganz deutlich zu sagen: die Deutsche Demokratische Republik).



DER LINKE:

Und wie soll sich das herausstellen?

DIE FRAU: Sagen Sie's mir.

DER LINKE:

Okay. Aber nicht in meinen Worten. Sondern in den Worten eines der Ihren. In einem Stück, das geschrieben wurde, nachdem Sie in Frankreich einmarschiert sind.

(Holt ein kleines Buch aus seiner Tasche und schaut auf den Titel.)

Es ist von Brecht und Feuchtwanger und eine moderne Version der Johanna von Orleans. Ich lese eine Stelle vor, wo der Engel der Johanna sagt:



Diesen Aufruf unterschrieben in der DDR 1989 innerhalb von zwei Wochen über 200 000 Menschen.

Es war vollkommen richtig, für eine sozialistische DDR als eigenständigen Staat als Alternative zur BRD zu streiten. Die Folgen für die Bevölkerung der DDR, wenn die DDR durch die BRD beseitigt wird, wurden ganz klar vorausgesagt. Leider wurden diese Voraussagen weit übertroffen. Gäbe es die DDR noch, gäbe es auch keine deutschen Angriffskriege gegen Jugoslawien und Afghanistan. Die Welt wäre friedlicher!

Für unser Land

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemäht, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluß zu nehmen, die sich als Auswege aus der Krise anbieten.

Entweder

können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit

“Wenn der Eroberer kommt in eure Stadt,

Soll es sein, als ob er nichts erobert hat.

Keiner soll sein, der ihm einen Schlüssel ausliefert.

Denn der kommt, ist kein Gast, er ist ein Geziefer.

Kein Mahl noch Tisch soll für ihn gerichtet sein

Bettstatt und Stuhl sollen für ihn vernichtet sein.

Was ihr nicht brennen könnt, sollt ihr verstecken

Ausschütten jeden Krug Milch und vergraben jeden Wecken.

Er soll schreien: Hilfe.

Er soll heißen: Ungeheuer.

Er soll essen: Erde.

Er soll wohnen: im Feuer.

Er soll erleben kein Erbarmen keines Gerichts.

Eure Stadt soll gewesen sein, unerinnerbar, nichts.

Wo er hinschaut, sei nichts,

wo er hintritt, sei Leere.

So als ob da nie eine Gaststätte gewesen wäre.

Geh hin und zerstöre!”



DIE FRAU: Das gilt auch für uns?
DER LINKE: Ich denke: Ja.

TSB

Wir dokumentieren: Aufruf “Für unser Land” DDR, 1989

mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Hoffnung und unsere Sorge teilen, rufen wir auf, sich diesem Appell durch ihre Unterschrift anzuschließen.

Berlin, den 26. November 1989

Oder

wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.

Götz Berger, Rechtsanwalt; Wolfgang Berghofer, Kommunalpolitiker; Fank Beyer, Regisseur; Volker Braun, Schriftsteller; Reinhard Brühl, Militärgeschichtler; Tamara Danz, Rocksängerin; Christoph Demke, Bischof; Siegrid England, Pädagogin; Bernd Gehrke, Ökonom; Sighard Gille, Maler; Stefan Heym, Schriftsteller; Uwe Jahn, Konstruktionsleiter; Gerda Jun, Ärztin/ Psychotherapeutin; Dieter Klein, Politökonom; Günter Krusche, Generalsuperintendent; Brigitte Lebentrau, Biologin; Bernd P. Löwe, Friedensforscher; Thomas Montag, Mediziner; Andreas Pella, Bauingenieur; Sebastian Pflugbeil, Physiker; Ulrike Poppe, Hausfrau; Martin Schmidt, Ökonom; Friedrich Schorlemmer, Pfarrer; Andree Türpe, Philosoph; Jutta Wachowiak, Schauspielerin; Heinz Warzecha, Generaldirektor; Konrad Weiss, Filmemacher; Angela Wintgen, Zahnärztin; Christa Wolf, Schriftstellerin; Ingeborg Graße, Krankenschwester

Walter Janka, der - wie bekanntgegeben wurde - aus organisatorischen Gründen an der Pressekonferenz nicht teilnehmen konnte - stimmt dem Aufruf zu, hat diesen noch nicht unterzeichnet.

Gewichtig gefragt!

David Maugham, Austauschschüler aus Großbritannien, richtet an uns ein paar gewichtige Fragen. Wir haben versucht zu antworten.

Denken Sie, dass das Leben mit der DDR besser wäre?

Ich glaube, Fragen zum „Leben“ werden von vielen immer sehr verschieden gesehen. Ich werde mal zusammenfassen, was mir und vielen anderen wichtig ist: **Frieden**, und das bedeutet den vollständigen Bruch mit der deutschen Geschichte von Weltkrieg zu Weltkrieg. Ein Staat, für den Waffen und Armee nichts weiter als Schutz ist, nichts weiter als eine Investition, die man lieber vermeiden würde.

Antifaschismus. Das heißt erst mal das konsequente Verbot jeder faschistischen Tätigkeit, jeder nazistischen und revanchistischen Organisation und Vereinigung.

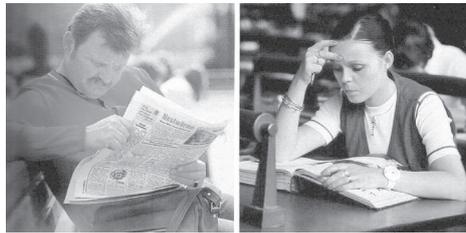
Entnazifizierung. Das heißt strengste Bestrafung und Verfolgung der Kriegsverbrecher des 2. Weltkriegs, des Holocaust, und der Verbrechen des „Deutschen Reiches“ an der Sowjetunion. Strengste Bestrafung, Verfolgung und Enteignung der Geldgeber und Nutznießer Hitlers

Völkerfreundschaft. Das heißt Verbot und Verfolgung jeder erkennbaren Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität oder ihres Geschlechts. Umsetzung des Verbotes von Angriffskriegen und nicht Bruch dieses Verbotes, wie im Falle des Angriffs der BRD auf Jugoslawien 1999.

Leben. Das heißt mehr als Überleben. Ich möchte mich um alle Fragen der Existenzsicherung meiner Familie keinerlei Sorgen machen müssen. Dazu zählen Lebensmittel, und Güter des täglichen Bedarfs, klar auch ein gewisser Wohlstand. Die Unterstützung der Familie durch den Staat, die Investition des Reichtums, den ich und all die anderen im Staat schaffen, in den Aufbau des Staates und den Wohlstand der Bevölkerung, und vor allem in die Unterstützung

ärmerer Menschen auf der Welt und in die Wiedergutmachung der Verbrechen der Deutschen im Zuge des 2. Weltkrieges.

Ja, und aus all diesen Zusammenhängen heraus hätte ich und viele Andere ein besseres Leben mit der DDR. Vor allem ein Leben mit der Möglichkeit, aus einem bescheidenen Neuanfang etwas Besseres zu schaffen. Aus einer Endstation wie der BRD lässt sich nichts Besseres machen, Abriss steht an...



Viel wichtiger als ein gutes Leben in der DDR ist jedoch die Verhinderung des Todes in all den Gebieten der Welt, in denen die Bundeswehr rechtswidrig eingesetzt wird. Jeder dieser Einsätze, vor allem der Krieg der BRD gegen Jugoslawien wäre mit der DDR nicht möglich gewesen. Viele Entwicklungsstaaten (Angola, Vietnam, Kuba), denen zu Zeiten der Existenz der DDR mit allen zur Verfügung stehenden Kräften geholfen wurde, stehen seit dem Ende der DDR ohne diese Unterstützung da. Tausende von Menschen weltweit würden mit der Existenz der DDR leben und nicht sterben.

Glauben Sie, dass Leute in Westdeutschland wenig Respekt zu Menschen von Ostdeutschland zeigen? Wieso (nicht)?

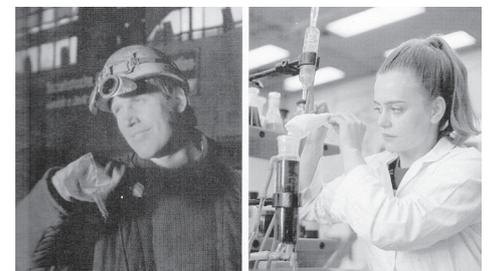
Ja. Den Menschen in Westdeutschland wurde und wird von Kind auf gelehrt, dass alles andere als die „Marktwirtschaft“ erfolglos und rückständig sei. Dass das Werk der Millionen Menschen im Osten wertlos sei, dass die DDR ein Unrechtsstaat sei, dass uns im Osten „Richtiges Arbeiten“ erst beigebracht werden müsse, dass hier 40 Jahre alles grau und verbrecherisch, unmenschlich und dumm gewesen sei. Nicht zuletzt wird den Menschen seit 20 Jahren nun in West und Ost erzählt, dass die Miswirtschaft der DDR daran schuld sei, dass die Menschen im Osten nun von Steuern ernährt werden müssten.

Glauben Sie, dass Ost- und Westdeutschland eine (total) unterschiedliche Kultur haben? Wieso (nicht)?

Erstaunlicherweise wird erst nach dem Verschwinden der DDR immer deutlicher, wie verschieden die Menschen in Ost und West sind.

In der DDR hat man mit vielen verschiedenen Mitteln und unter Aufbringung riesiger Anstrengungen nicht nur versucht, sondern es auch geschafft, für eine gewisse Gleichheit zwischen den Menschen zu sorgen. Kultur, Bildung, höhere Bildung war allen zugänglich und nicht nur Leuten mit Geld. In der DDR teilte man die Menschen nicht in Klassen ein, wie es in der BRD schon mit dem ersten Schultag geschieht (in der DDR musste jeder erst mal zur 10-klässigen Gesamtschule – Unterschiede zwischen Real-, Hauptschule und Gymnasium gab es nicht). Gute Schüler wurden angehalten, Schwächeren zu helfen, Brigaden der Arbeiter in den Fabriken übernahmen Patenschaften für Leute, die aus dem Gefängnis entlassen wurden, um ihnen den Einstieg in die Gesellschaft zu erleichtern, ebenso für Kinderheime, Kindergartengruppen und Schulklassen. In den Organisationen FDJ und Junge Pioniere wurden Hilfsbrigaden geschaffen, die ältere und kranke Mitbürger in Haus und Arbeit halfen. Arschloch sein war nicht cool, wie uns heute Kino und Fernsehen erzählt.

Frauen hatten die Möglichkeit, trotz Kind Karriere zu machen. 90% der Frauen in der DDR hatten einen Abschluss – in der BRD waren es nicht mal 50%. Frauen in der DDR entschieden selber über ihren Körper und wie sie mit einer Schwangerschaft umgehen und wurden nicht wie in der BRD bevormundet und kriminalisiert. Damit gab es ein Selbstbewusstsein der Frauen, die auch ohne verdienenden Mann ungehindert durchs Leben gehen konnten, das es im Westen nicht im Ansatz gab. Ostdeutsche Frauen gaben in vielen Befragungen zu verstehen, dass sie keinen Bock auf „Heim, Herd und Küche“ haben, wie es für die typische „Hausfrau“ im Westen normaler Lebenslauf ist.



Verbunden mit dem bewusst durch alle Schichten der Gesellschaft spürbaren Bruch mit dem deutschen Faschismus und Militarismus sorgte dies für eine andere Einstellung zum Krieg. Denn wer die Erfahrung macht, dass man für so was wie die Entfesselung eines Weltkrieges und Völkermord zahlen muss, der hat auch eine andere Einstellung zum Frieden. So sprach sich die Mehrheit der Menschen im Osten gegen und die Mehrheit der

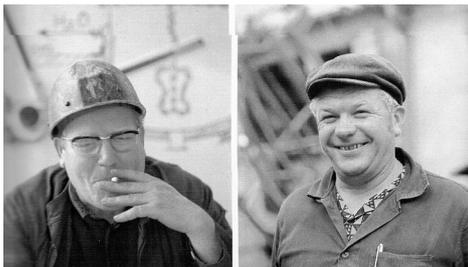


Menschheit im Westen für den Angriff der BRD auf Jugoslawien aus.

Wo in der DDR dazu angehalten wurde, gemeinsam durchs Ziel zu laufen, ist den Mächtigen im Kapitalismus Gemeinschaft unangenehm, denn Arbeiter, denen die Kollegen egal sind, die nur an sich denken, streiken nicht. Überall in Europa streikt man mehr als in der BRD...

Was würden Sie sagen zu Menschen, die sagen: „Die ehemalige DDR hat wenig Respekt für Menschenrechte, die Stasi existierte und die Mauer hat viele Familien getrennt, also war die DDR schlecht.“

Ich würde sagen: „Menschenrechte“? Was konkret meinst du? Wenn du die Menschenrechte meinst, in deren Namen Jugoslawien bombardiert wurde, dann pfeife ich darauf. Du hast Recht, die „Mauer“, also die Staatsgrenze der DDR hat viele Familien getrennt. Aber weißt du auch, wer Deutschland gespalten hat? Weißt du, dass viele Menschen in Ostdeutschland bis zuletzt um die Einheit eines friedlichen, neutralen Deutschland gekämpft haben? Weißt du, dass sich die Konzerne wie Siemens, Daimler, Deutsche Bank und ihre Adenauer-Regierung für ein halbes Nato-Deutschland entschieden und gegen ein friedliches, neutrales, geeintes Deutschland, wie es die Sowjetunion forderte? Weißt du, wie viele Millionen Familien auf der Welt von Deutschen ermordet wurden? So viele, dass es besser war, die Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Demokratisierung und Entmonopolisierung wenigstens in einem Teil Deutschlands durchzuführen, wenigstens in der DDR! Weißt du, dass in der BRD all dies nicht getan wurde, ganz im Gegenteil, dass es verraten wurde? Ohne die geschlossene Staatsgrenze hätte es die DDR nicht gegeben. Alles was nötig war, die Existenz der DDR zu sichern, war legitim, auch ein Geheimdienst, egal welche Fehler der gemacht hat. Denn jeder Quadratzentimeter und jede Sekunde DDR war Boden und Zeit für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens, das ist wesentlich für mich.



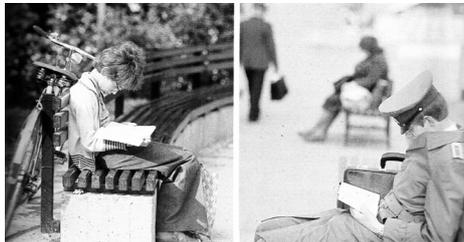
Aber ich würde auch sagen: Du musst mit mir in Sachen DDR nicht einer Meinung sein. Aber wenn du was gegen Geheimdienste hast und für die Einhaltung der Rechte der Menschen bist, dann kämpfe mit mir zusammen gegen den deutschen

Militarismus, die NPD, den aggressiven Sozialabbau und die Kinderarmut in der BRD, gegen die Zerstörung der demokratischen Rechte in diesem Staat!

Glauben Sie, dass die Mitglieder der FDJ wirklich die Mauer wiederhaben möchten, oder ist es nur „Ostalgie“?

Die FDJ will gegen den deutschen Militarismus, den deutschen Faschismus, gegen jeden Antisemitismus und Chauvinismus kämpfen – für einen Zustand, der einen erneuten großen Krieg von deutschem Boden aus, ein erneutes Auschwitz unmöglich macht. Wenn man dafür Mauern bauen muss, dann sind wir die ersten, die auf der Baustelle sind!

In Sachen „Ostalgie“: Ich weiß nicht, warum du das Wort in Anführungsstriche geschrieben hast, vielleicht weil du es genau so fehl am Platz findest wie ich. Wenn die FDJ auf die DDR schaut, dann macht sie den Inhalt dieses Staates nicht an Trabbis (schreckliches Auto – hätte man sich sparen können) oder dem Geschmack von DDR-Schokolade fest (Milka ist köstlich), sondern an seinen Fundamenten: Antimilitarismus, Antifaschismus und Völkerfreundschaft! Wir schauen nach vorn und was die rückständige BRD betrifft leider noch in ferne Zukunft. Nostalgie ist immer ein naiver Blick zurück, nichts für die FDJ.



Glauben Sie, dass die negativen Seiten der Bundesrepublik Deutschland überwiegen? Oder überwiegen die positiven Seiten?

Nehmen wir mal an, die BRD wäre irgendein kapitalistischer Staat, dann würde ich sagen, das System passt mir nicht, weil Kapitalismus immer in Krieg und Elend endet. Jeden sozialistischen Staat ziehe ich noch dem „besten“ kapitalistischen Staat vor.

Doch die BRD ist nicht irgendein kapitalistischer Staat. Nur Deutschland hat so was Schreckliches wie Weltkriege entfesselt, nur Deutschland hat Leichen am Fließband „produziert“ mit den Gaskammern der KZs. Und nur hier, in Westdeutschland, in der BRD hat man so unglaublich wenig gelernt aus dieser barbarischen Geschichte. Hier hat man eine neue Angriffsarmee, von Wehrmachtsgenerälen gegründet, die Bundeswehr. Nur hier in der BRD hat man fast kei-nen einzigen Nazilehrer aus der Schule, keinen einzigen Nazirichter aus den Gerichten, fast keinen einzigen

Nazibeamten aus dem Staatsapparat gejagt. Hier in diesem reichsten Land Europas ist die Bildung für die Bevölkerung schlechter als im Entwicklungsland Vietnam, die medizinische Versorgung für die Bevölkerung schlechter als auf der bettelarmen Insel Kuba. Hier in diesem reichsten Staat Europas haben wir wieder Kinderarmut und Analphabetismus. Um deine Frage zu beantworten, stelle ich eine Frage. Was sind die guten Seiten der BRD?



Wie könnte die DDR existieren, wenn die UdSSR und ihre Satellitenstaaten nicht mehr existieren?

Diese „Wenn-Frage“ kann man nicht konkret beantworten. Als die Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland nach der Spaltung durch die Adenauer-Regierung entschieden hatte, einen eigenen Staat zu gründen, haben die das im Osten durchgezogen. Und haben aus den Trümmern des 2. Weltkrieges einen Industriestaat geschaffen, sie haben ihren Weg gefunden. Es kommt darauf an, ob sich die Mehrheit der Bevölkerung einig ist, dann kann man viel schaffen. Es geht darum, die Leute im Osten noch mal vor die Entscheidung zu stellen, ob sie ihre DDR behalten wollen, oder mit der BRD marschieren wollen. Diesmal jedoch sollen die Menschen im Osten entscheiden, mit allen Informationen, über das, was sie im Westen erwartet. Es geht um die Entschädigung des seit 20 Jahren im Osten und in den Kampfgebieten der Bundeswehr angerichteten Schadens durch BRD. 20 Jahre Mauerfall sind 20 Jahre millionenfaches Unrecht. Aber egal, was es in Zukunft geben wird (ich traue den Deutschen eine Sozialistische Republik Deutschland zu, aber auch den nächsten Weltkrieg): Das Unrecht besiegen, den Krieg verhindern, unser Elend bekämpfen, gegen die Faschisten angehen können wir nur gemeinsam – Ost und West zusammen!

Vielen Dank für Ihre Hilfsbereitschaft.

Kein Problem. Also ich steh' ja mehr auf „DU“ als auf „SIE“... Also wenn DU erlaubst – schreib doch einfach, wenn du noch Fragen hast.

**Mit freundlichen Grüßen,
David Maughan**

**Freundschaft!
Ringo**

Bilder aus: Deutsche Demokratische Republik.
VEB F.A. Brockhaus Verlag, Leipzig, 1979

Fakten zur Weltwirtschaftskrise

Jeder Fakt, den man zur Zeit zur Entwicklung der Weltwirtschaftskrise in eine Zeitung druckt, ist morgen schon wieder überholt. Jeden Tag kommen Tausende neue Arbeitslose hinzu. In der BRD und der annektierten DDR, in Europa, in der Welt. Tag für Tag steigt die Zahl der Obdachlosen. Jeden Tag sterben die Menschen schneller, weil sie sich nicht mehr das Nötigste zum Leben leisten können, während Millionen Tonnen an Nahrungsmitteln vernichtet werden. Innerhalb weniger Monate wurde die Weltwirtschaft wieder unter das Niveau vom Herbst 2001 zurückgeworfen. Das Ende ist nicht in Sicht. Wir wissen nicht, wie weit diese Krise gehen wird. Das wissen die Monopole und ihre Handlanger in Regierungen und Staatsapparaten auch nicht.

Wenn in einer Woche die Zahl der neuen Arbeitslosen in den USA nicht wie in der Vorwoche prognostiziert um 660.000 steigt, sondern „nur“ um 654.000, dann schreibt das deutsche „Handelsblatt“ in fetten Lettern als Überschrift: „Die Zeichen stehen auf Erholung“ (Handelsblatt online 9.4.2009).

Wenn das eine Erholung sein soll, dann kann sich jeder Arbeiter, jeder Werktätige, jeder Jugendliche selbst ausmalen, was von den sonstigen Versprechungen und Vertröstungen auf ein „Licht am Ende des Tunnels“, von den Beschwörungen der „Solidarität“ und des „Wir sitzen doch alle im selben Boot“ von Merkel, Schäuble und Co. in der Regierung, und den Herren der Banken und Fabriken hierzulande, von einem Herrn Ackermann von der Deutschen Bank oder einem Herrn Zetsche von Daimler zu halten ist.

Daraus spricht ihre Hoffnung, dass es Ihnen auch diesmal wieder gelingt, Arbeiter gegen Arbeiter und gegen die Herren der Banken und Fabriken in den anderen Ländern zu hetzen, anstatt dass die Arbeiter Schluss mit ihnen, mit ihrer Ausbeutung, mit der Unterdrückung jeglichen Widerstandes durch ihre Polizei, ihr Militär und ihre sonstigen Helfershelfer und den leeren Versprechungen machen.

Aber allein die Bruchstücke der letzten 1-2 Monate genügen, um ein Bild zu zeigen, wie schwer und tief diese Krise ist und wie immer schneller die Menschen weltweit ins tiefste Elend gestürzt werden. Und wie sich durch die Krise die Konkurrenz der Monopole untereinander immer schneller verschärft und uns dem Krieg näher bringt.

Auch wenn wir diese Zahlen jetzt so einfach lesen sollten, dürfen wir eines nicht vergessen: Trotz aller Entlassungen und zunehmendem Hungers auch hierzulande ist diese Verelendung nur relativ im Vergleich zur absoluten Verelendung von Milliarden Menschen in den abhängigen Ländern.

Zur Produktion und Lage der Arbeiter in BRD und annektierter DDR (aDDR)

Die **Rohstahlproduktion** in der BRD und der aDDR, die Grundlage für den Maschinen-, Auto- und Infrastrukturbau, sinkt im März 2009 um 50% gegenüber März 2008.

(Statistisches Bundesamt, 7.4.09)

40.000 der 93.000 Beschäftigten in der **Stahlindustrie** sind in Kurzarbeit.

(FAZ, 5.3.09)

Bei **ThyssenKrupp** läuft nur noch das Rüstungsgeschäft gut. Von den heute bei ThyssenKrupp zusammengefassten Werften wurden laut Firmenangaben seit 1980 „mehr als 160 Marineschiffe, von Fregatten und Korvetten über Patrouillenschiffe und Minenkampfbote, bis



Demo am 26.2.09 bei ThyssenKrupp

hin zu Hilfs- und Sonderschiffen“ geliefert. Darüber hinaus ist der Konzern der weltweit größte Anbieter von konventionell betriebenen U-Booten. Jetzt wird die Arbeit an vier großen Containerschiffen gestoppt, weil die Auftraggeber keine Bankfinanzierung bekommen. Der DDR-Schiffsbau war schon lange zuvor geschrumpft worden: Von 30.000 Werftarbeitern 1990, auf 5.000 1999.

(JW, 23.3.09)

Bei **Daimler** sind nun auch 18.000 Kollegen in der Nutzfahrzeugsparte (nach 50.000 bei Pkw) in der Kurzarbeit. Nur der Unimogbau in Wörth läuft noch gut.

(FAZ, 12.3.09)

In Europa hat **MAN** eine Kapazität für die Produktion von 25.000 Lkw pro Jahr. Im vierten Quartal 2008 wurden nur 360 Lkws bestellt. Bis Ostern stehen die MAN-Fabriken praktisch still, man rechnet mit Kurzarbeit für das ganze Jahr 2009.

(HB, 26.3.09)

Die **Industrieproduktion** in der BRD und der aDDR sinkt um fast ein Viertel (22,4%) zwischen Januar 2008 und Januar 2009. Die Zahl der neuen Aufträge hat sogar um 35,2% abgenommen. Der Export von Waren in andere Länder um 20,7%.

(WiWo 12/09)

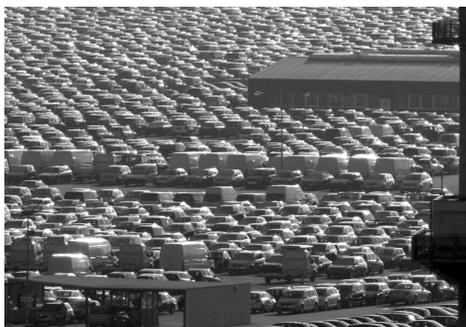
Den **Renten** werden mindestens 1,7 Mrd. 2009 und 6,1 Mrd. Euro 2010 fehlen.

Den **Krankenkassen** 2009 1 Mrd. und 2010 4,1 Mrd. Euro. (HB, 13.3.09)

Arbeiterkassen: Die Bundesagentur für Arbeit erwartet, dass sie 2010 und 2011 20 Mrd. aus Steuergeldern braucht. (Das beruht auf einer Schätzung des Rückgangs der Wirtschaftsleistung um 2,5% - was absolut unrealistisch ist). „Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet aktuell mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf etwa 4,6 Millionen bis Ende 2010.“

(HB, 26.3.09)

Rheinmetall streicht 3.000 Arbeitsplätze. „Als Stabilitätsanker dient das wachsende Geschäft mit Panzern und Munition.“ (FAZ) Damit werden 1,8 Mrd. Umsatz gemacht. Allein 1,35 Mrd. wird der Schützenpanzer Puma bringen. 2008 hatte Rheinmetall eine Mehrheit am südafrikanischen Munitionshersteller Demel und am niederländischen Panzerbauer Stork gekauft. (FAZ, 26.3.09)



Sichtbarer Ausdruck der Überproduktionskrise

Man verhandelt mit MAN über mehr Zusammenarbeit bei Militärtransportern. Bei der Zulieferung an die Autoindustrie (Kolben, Luftversorgung, Schadstoffreduzierung) gibt es schon 1.100 Entlassungen, jeder zweite der aktuell noch beschäftigten 11.200 Kollegen ist in Kurzarbeit. Weitere 1.000 Entlassungen sind geplant. (HB, 26.3.09)

Mit Heildruck (5000), König (weitere 800) und Bauer, Mahle (Autozulieferer, Werk mit 400 geschlossen) beginnt spätestens jetzt die Welle, in der von **Kurzarbeit** auf Massenentlassungen umgeschwenkt wird. Heildruck verlängert dazu die Kurzarbeit bis September und kündigt den Beschäftigungssicherungsvertrag. Die Kurzarbeit stellt sich als das heraus, was sie ist: Übergang in die Erwerbslosigkeit. 62% der Unternehmen der Elektroindustrie nutzen derzeit die Kurzarbeit, und ebenfalls 62% planen Entlassungen. Auch Chemie beginnt mit **Massenentlassungen**: zunächst 1.500 bei BASF. (HB, 27.3.09)

„Rezession erreicht Lehrstellenmarkt“: 2009 wird mit 10% weniger Einstellungen von **Auszubildenden** gerechnet wie 2008.“ (HB, 19.3.09)

International / Weltkrise

Weltweit

Überkapazitäten Autoindustrie: „Weltweit könnten in diesem Jahr knapp 100 Millionen Autos produziert werden. Die voraussichtliche Nachfrage liegt jedoch nur bei etwa 50 Millionen Autos.“

(FAZ, 7.3.09)

Spanien

Offizielle Arbeitslosenquote von 14%. Allein im 4. Quartal 2008 wurden 609.000 Arbeiter erwerbslos. Die Arbeitslosigkeit am Bau steigt 2008 um 165%. (WiWo 10/09)

Großbritannien

Erwerbslosigkeit: Im Februar offiziell 2,03 Millionen Erwerbslose. Das Wirtschaftsinstitut Oxford Economics rechnet mit 3,3 Millionen im Jahr 2009. Toyota in GB hat die Löhne und Arbeitszeiten um 10% gekürzt. Jaguar Landrover haben eine Viertageweche bei entsprechender Lohnkürzung eingeführt. In anderen Branchen werden ähnliche Abkommen verhandelt.

(HB, 19.3.09)

Osteuropa

Die Verschuldung der Privathaushalte in den Mittelosteuropäischen Ländern ist zwischen 2002 und 2007 um 44% pro Jahr gewachsen. Die Osteuropaförderbank EBRD rechnet mit Zahlungsausfällen von 10% auf die nach Osteuropa vergebenen Kredite in Höhe von 1,45 Billionen Dollar. 70% des Bankwesens in Osteuropa sind in der Hand westeuropäischer Banken.

(HB, 30.3.09)

Ukraine

Industrieproduktion im Januar 09 um 34% unter dem Januar 08. Entwertung der Währung (Hrywnia) gegen Dollar um die Hälfte. (FAZ, 7.3.09)

Slowakei

Ende 2008 hat VW dort alle Leiharbeiter gekündigt. Zwischen 11.12. und 12.1. wurde bei VW nicht gearbeitet, betroffen waren die 8.700 Stammarbeiter. Peugeot hat Anfang 2009 die Produktion gestoppt. (3200 Arbeiter). In der Pkw-Zulieferindustrie arbeiten 50.000 Arbeiter. (Lunapark21, Heft 5)

Ungarn

In einer Meinungsumfrage sagen 90%, das Land steuere „in eine falsche Richtung“. Geplant sind Kürzungen bei den Sozialausgaben von 676 Millionen US-Dollar. Am 21.3.09 hat Ungarns Premier Gyurcsany seinen Rücktritt angekündigt. Der Forint, das ungarische Geld, hat seit dem Sommer 2008 ein Drittel seines Wertes verloren.

(JungeWelt, 26.03.09)

Das bundesdeutsche Außenministerium spricht, was Osteuropa angeht, schon von der Möglichkeit von „failed states“ (zerfallene Staaten). Im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 sind failing states als Kriegsgrund gelistet.

(FAZ, 24.03.09)

Lettland

spricht vom Staatsbankrott, wenn die Kredite vom Internationalen Währungsfond ausbleiben sollten (7,5 Mrd. Euro). In Estland und Lettland liegt die Auslandsverschuldung bei über 100% des BIP. (FAZ, 17.3.09)

ehemaliges Jugoslawien

In Bosnien machten bisher die Gelder der in anderen Ländern beschäftigten Bosnier 17% der Wirtschaftsleistung des Landes aus. Das fällt nun weg, da diese Arbeiter als erste entlassen werden und mangels Arbeit heimkehren.

Dabei hat z.B. Mazedonien bereits eine Erwerbslosenrate von 34%. Bosnien, Mazedonien, Serbien und Kroatien sind stark abhängig von Zulieferaufträgen an die europäische Autoindustrie, von denen jetzt 50% weggefallen sind.

Kroatien wird in der Krise 50.000 Arbeitsplätze im Schiffsbau verlieren.

(HB, 19.3.09)

Kroatien bekommt keine Kredite mehr, um die Löhne der Staatsbediensteten und die Renten auszuzahlen. Die Gehälter im Justizwesen sollen um 10% gekürzt werden. Es soll keine Lohnerhöhungen mehr im öffentlichen Dienst geben.

Im Januar und Februar gab es in Kroatien 35.000 Entlassungen, Erwerbslosenquote bei 14,5%.

(Deutsche Welle, 19.3.09)

USA

Im Januar und Februar 1,4 Millionen Entlassungen. (FAZ, 18.3.09)

Renten: Die Rentner in den USA haben im Jahr 2008 durch Kursverluste 30% ihrer Einkommen verloren. Mehr als 31 Millionen Amerikaner erhalten Essensmarken, die sie in Supermärkten gegen Grundnahrungsmittel eintauschen können. (Die Zeit 13/09)

11,9 Millionen haben nach offiziellen Angaben 2008 gehungert.

(Lunapark21, Heft 5)

Brasilien

Die Industrieproduktion ist zwischen Januar 08 und Januar 09 um 17,2% gesunken. (FAZ, 13.3.09)

Venezuela

muß seinen Staatshaushalt um 6,7% kürzen und die Mehrwertsteuer von 9 auf 12% erhöhen, das heißt, die Grundversorgung für die Bevölkerung wird teurer. Grund: fallender Ölpreis auf dem Weltmarkt. (FAZ, 23.3.09)

Japan

Die Industrieproduktion ist in Japan Anfang 2009 auf den Stand von 1988 gesunken. (Lunapark21, Heft 5)

China

Offiziell sind 20 Millionen Wanderarbeiter erwerbslos. (FAZ, 02.02.09)

Afrika stirbt daran, daß es reine Rohstoffquelle für den Imperialismus ist:

Kongo

Die Rohstoffe verlieren in der Krise ihren Wert: Kupfer, Kobalt, Zink und Uran. 40 Kupferschmelzen sind bereits aufgegeben. In den letzten Monaten wurden 10.000 Kupferarbeiter auf die Straße gesetzt. Die Kupfermine von Kamotot, erst 2007 in Betrieb genom-

men, wird geschlossen. Die Lkws des Unternehmens fahren jetzt Hilfsgüter des Welternährungsprogramms (!). Die Preise für Kupfer, Eisenerz, Platin und Nickel fielen in den letzten 6 Monaten um 70%. (FAZ, 26.3.09)

Botswana

bestreitet ein Drittel des BIP mit Verkauf von Diamanten. 75% des Exports besteht aus Diamanten. Diamantenkonzern de Beers stellt bis April die Diamantenproduktion ein, in einer Mine sogar bis mindestens Ende 2009. (FAZ, 26.3.09)

Angola

ist der fünftgrößte Diamantenproduzent der Welt. Dort schließt der russische Konzern Alrosa alle Minen, weil die Produktionskosten über den Weltmarktpreisen liegen. (FAZ, 26.3.09)

Sambia

bestreitet 85% seines Exports mit Kupfer. Aber der Preis für eine Tonne, beim Höchststand auf 9000 Dollar, ist auf 3000 Dollar gefallen, was vor allem den Untertagebau unrentabel macht. (FAZ, 26.3.09)

Südafrika

leidet vor allem unter dem Preisverfall für Platin (wird für die Katalysatorherstellung in der Autoindustrie gebraucht). Die offizielle Erwerbslosigkeit in Südafrika ist bei 23%. In der nördlichen Provinz Limpopo soll eine Kupfermine geschlossen werden. Die Regierung empfiehlt, mehr Marula-Bäume zu pflanzen. Die Frucht Marula wird für Likör verwendet. (FAZ, 26.3.09)

(WiWo = Wirtschaftswoche; JW = Junge Welt, HB = Handelsblatt; FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Wu

Reaktion der griechischen Jugend auf die Weltwirtschaftskrise

Auslöser für die Aktivitäten der griechischen Jugend war die Ermordung eines 15-jährigen Jungen durch einen Polizisten. Es entstand spontan eine breite Bewegung gegen die Repressionen des Staates. Geschäfte, Banken, Behörden und Autos wurden zerstört. Doch aus dieser akuten Wut entwickelte sich mehr.

Die Jugendlichen spüren die Folgen der Weltwirtschaftskrise, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 25%, im Bereich der Bildung wird weiter gekürzt. Und die Jugend sieht gleichzeitig, wie die Regierung Milliarden für die Banken zur Verfügung stellt.



Griechenland, Winter 08/09

Doch im Unterschied zu früheren Kämpfen in Griechenland, werden die Auseinandersetzungen dieses Mal nicht nur in Athen, sondern in allen Regionen des Landes geführt, es sind nicht nur die Schüler und Studenten, oder nur die Arbeiter, nur Anarchisten oder nur Kommunisten, die auf der Straße sind, sondern es kommt zu riesigen gemeinsamen Demonstrationen. Gleichzeitig werden über 600 Schulen und Hochschulen, aber auch Rathäuser, Gewerkschaftszentren und Medienanstalten besetzt.

Zu überlegen ist, wie mit den spontanen Taten umzugehen ist. Einerseits ist die Kraft dieser jungen Leute wertvoll und muss genutzt werden, andererseits reagiert die Regierung darauf mit der Ausweitung der Repressionen und es wird so der weitere Kampf, der nötig ist, um die Regierung zu stürzen, erschwert. Der kommunistischen Jugend (KNE) und der kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) wird häufig vorgeworfen, dass sie die Bewegung spalten und aufhalten würden.

In einer Resolution des ZK der KKE vom 9. Dezember heißt es aber: „Es darf keinen Aufschub geben für die Aktion und die Mobilisierung des Volkes, für die Organisation und Absicherung der Kämpfe, für die Entwicklung entwickelterer Kampfformen in einem kollektiven Prozess. [...] Für eine breite Volkssallianz, die einzige Hoffnung und Garantie für eine wirkliche Volksmacht“
Wir sollten uns ein Beispiel nehmen!

Nele

In 60 Städten **Griechenlands** finden am 17.3.09 unter Führung der Gewerkschaft PAME Demonstrationen statt

„Die Plutokratie soll die Krise bezahlen.“ Alexandra Balou, Vorsitzende der Gewerkschaft der Finanzbranche, auf der Kundgebung in Athen: „Wir brauchen ein „System, in dem die Arbeiterklasse herrschende Kraft und Eigentümerin der Produktionsmittel ist“. PAME fordert 1400 Euro Mindestlohn, die 35-Stunden-Woche und zinslose Baudarlehen für Werk tätige sowie die Streichung der Mehrwertsteuer auf Güter des täglichen Bedarfs.

(Junge Welt, 19.3.09)

Streiks in Ägypten:

LKW-Fahrer, Apotheken, Rechtsanwälte, Staatsangestellte, Textilarbeiter. Inflationsrate bei 20% ohne Anhebung der Löhne und Gehälter. 40% der 82 Millionen Ägypter leben unter der offiziellen Armutsgrenze.

(*Junge Welt*, 19.3.09)

Frankreich:

Studenten protestieren gegen die Bevorzugung von Eliteuniversitäten. Arbeiter bei Continental in Clairoix bewerfen Geschäftsleitung mit Eiern und Schuhen. Sony-Beschäftigte in

Kämpfe der Jugend und Arbeiter in anderen Ländern

Im Nachfolgenden dokumentieren wir auszugsweise vielfältige Kämpfe und Proteste, die in den vergangenen Tagen und Monaten auf der politischen Tagesordnung standen. Man muß kein Prophet sein, um festzustellen, dass sich diese Aktivitäten fortsetzen werden. All jenen gehört unsere vollste Sympathie und Solidarität.

Das nimmt uns aber die Kämpfe nicht ab, die wir in dieser seit 1990 größer gewordenen BRD führen müssen. Es ist auch hierzulande zwingend notwendig, dass die Demos vom 28. März in Berlin und Frankfurt/Main keine Eintagsfliegen bleiben.



Bordeaux setzen Management fest und lassen es erst wieder frei, als es sich zu neuen Verhandlungen über Abfindungen bereit erklärt. In Evreux blockieren Streikende das Pharmawerk von Glaxo-SmithKline gegen Stellenabbau. Drei von vier Franzosen in Umfragen für Streikaktionen. 43% erklären, Olivier Besancenot (Trotzkist) kümmere sich um ihre Sorgen, von Sarkozy glauben das 28%.

(*FAZ*, 19.3.09)

Generalstreik am 19.3. 1,2 Millionen (laut HB) auf 220 Kundgebungen und Demonstrationen. Offizielle Gewerkschaftsforderungen: Rücknahme der Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst und Anhebung des Mindestlohns. Laurent Fabius (Ex-Premier der Sozialisten): „Klima sozialer Revolte.“ (HB, 20.3.09) 30.000 in Lyon, 25.000 in Nizza, 60.000 in Grenoble, 350.000 in Paris.

(*Junge Welt*, 20.3.09)

In Pithiviers nahmen Arbeiter einen Manager des Medizingerätekonzerns 3M (US-Konzern) als Geisel, um höhere Abfindungen bei Entlassungen durchzusetzen. Die Hälfte der Belegschaft war gekündigt worden.

(*Junge Welt*, 26.3.09)

Ukraine:

300 Arbeiter einer Landmaschinenfabrik in Kherson haben Anfang Februar den Betrieb besetzt, um die Auszahlung der Löhne zu erzwingen. Nach vier Wochen wurden sie in den Sitz des Regionalgouverneurs eingeladen. Ein Teil der Arbeiter blieb und besetzte gleich die Behörde. Inzwischen wurden wenigstens erste Lohngelder bezahlt. Forderung des 5köpfigen Komitees der Belegschaft: Entschädigungslose Enteignung des Betriebs, Wieder-Inbetriebnahme und staatliche Absatzhilfen.

(*Labournet*, 20.3.09)

Rußland:

Staatshaushalt wird das erste Mal seit 10 Jahren defizitär sein. Die Mittel werden aus dem durch Rohstoffverkauf angehäuften Reservefonds genommen (46 Mrd. Dollar), wo noch 136,6 Mrd. Dollar drin sind. Nach russischen Medienberichten wird der Kriegsetat um 10% gekürzt, der Sozialetat um 40% erhöht. (Furcht vor der Revolte?) Inzwischen 8,5% offizielle Erwerbslosigkeit.

(*Handelsblatt*, 20.3.09)

Italien

ist von der globalen Wirtschaftskrise hart getroffen. Im dritten Quartal 2008

ratschte das Land in die Rezession. In der Industrie gingen allein in den ersten zwei Monaten des neuen Jahres mehr als 370'000 Jobs verloren, ein Anstieg von 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Berlusconi steht seit längerem wegen seiner nach Ansicht der Kritiker zu zögerlichen Maßnahmen gegen die Finanzkrise in der Kritik. Die Gewerkschaft CGIL kündigte weitere Proteste an, unter anderem am Nationalfeiertag, dem 25. April.

Auf Initiative der linken Gewerkschaft CGIL wurden Arbeiter, Rentner, Einwanderer und Studenten aus dem ganzen Land mit Zügen und fast 5000 Bussen in die italienische Hauptstadt gebracht. Fünf verschiedene Demonstrationenzüge durchquerten die Stadt und trafen sich am historischen Monument des Circus Maximus... Es gebe eine zu grosse Kluft «zwischen dem, was getan wird, und dem, was getan werden muss». Epifani sprach von «einer der grössten Demonstrationen aller Zeiten in Italien». Laut den Organisatoren beteiligten sich 2,7 Millionen Personen an der Kundgebung.

(*Tagesanzeiger*, 4.4.09)

Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Jugend

„Ausbildung und Übernahme in Gefahr“,

so lautet der Titel des gewerkschaftlichen Infoblatts des DGB. Und sie haben recht. Denn in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise bleibt keiner verschont, schon gar nicht die Jugend.

Aber was heißt das?

Das heißt zum Beispiel, dass allein die Daimler AG dieses Jahr 20 % der Auszubildenden nicht übernehmen will.

Aber das ist erst ein Betrieb von vielen, die folgen werden. Allein die Industrie- und Handelskammer prognostiziert für ihren Wirtschaftsbereich einen Wegfall von 36 000 Ausbildungsplätzen.

Aber das ist nur die Prognose bis März 2009, was danach noch kommen wird, weiß keiner!

Was also ist die Alternative?

Eine Ausbildung, oder ein Studium bei der Bundeswehr?!

Hier bekommt man alles bezahlt und vor allem, man wird mit Kusshand angenommen.

Aber warum ist das so?

Das ist so, weil die Bundeswehr unbedingt Kanonenfutter braucht!

Sie braucht die Jugend um in andere Länder zu marschieren.

Sie braucht die Jugend für den Bundeswehreinsatz im Inneren.

Denn in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise ist der Krieg nicht weit, und wenn wir uns erinnern, war der Krieg schon einmal eine wunderbare Lösung für eine Weltwirtschaftskrise.

Es war der 2. Weltkrieg, der von deutschem Boden aus angefangen wurde und eine wunderbare Bereinigung für die damalige Krise war.

Gut, keine Ausbildung, keine Bundeswehr. Also studieren gehen. Aber auch hier haben die Herrschenden der BRD vorgegriffen. Denn wer wird sich in Zeiten der Krise noch Studiengebühren leisten können???

Und die, die es sich leisten können, sollten dennoch vorsichtig sein.

Denn auch die Bundeswehr hat die Universitäten und Hochschulen entdeckt. Technische, biologische, gesellschaftliche Studiengänge, überall ist sie auf dem Vormarsch.

In Bionik sollen Minensuchgeräte in Minenlegegeräte umgewandelt werden, für die Bundeswehr.

In gesellschaftswissenschaftlichen Studiengängen sollen Bevölkerungsgruppen für die Bundeswehr analysiert werden.

Also, entweder arbeitslos und ohne Ausbildung, oder für die Bundeswehr arbeiten und notfalls in den Krieg und für Deutschland in den Tod?

Nein!

Denn Leute, es ist doch so:

Die Maßnahmen der Politik und Wirtschaft sind hilf- und hoffnungslos. Dahinter steht keine neue, vorwärtsweisende Idee. Es sind alte Konzepte, für ein altes System.

Die Milliarden, mit denen Staat und Politik die Banken stützen, gehören der Bevölkerung, also uns und unseren Familien.

Aber wir wurden nicht gefragt!

Man hätte diese ganzen Millionen und Milliarden ebensogut in Bildung und Ausbildung stecken können!

Aber die Regierung und das Kapital haben Angst. Und sie haben recht, denn: Der Fehler liegt nicht im System, der Fehler ist das System!

Deshalb gerade dieses Jahr heraus zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse!

Kämpfen wir dagegen, dass die Krise auf den Schultern der Jugend und der Arbeiterklasse ausgetragen wird, denn wir waren und sind nicht diejenigen die immer mehr Profit wollen!

Katrin



Und es blicket stumm, /
der nur seine Arbeitskraft besitzt.
Und trägt auf seinem Hemd /
doch, was der Kanzlerin gefällt,
die nach alten, neuen Gegnern schaut /
und ihn bald wiedersieht.



Und die Kinder singen,
was ihnen aufgetragen:
"Opel, du bist unser Blitz".
Wie jung werden sie noch sein,
wenn wieder Blitz für Blitzkrieg steht?

TSB



Abonnement

Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 Euro (Förder-Abonnement: 15 Euro).

Den Betrag habe ich
() in Briefmarken bzw. Banknoten
beigelegt.

() auf das Konto Nr.: 55 83 82 20 05
bei der Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Gegen den Notstand der Republik

28./ 29. März 2009 in Frankfurt/Main

Wir, einige FDJler haben an der 2. Arbeiter- und Gewerkschaftskonferenz in Frankfurt teilgenommen.

Eingeladen dazu hatte die Aktionseinheit aus Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik sowie der Jugendaktionsausschuss gegen den Notstand der Republik.

Schon in der Jugend allein merken wir, wie viel es bringt, seine Kräfte zu vereinen, gemeinsam Neues zu lernen und in Aktionen dann auch umzusetzen. Da wir aber wenige sind – und der Staatsumbau massiv, ist es gut und macht Mut, mit Arbeitern und Gewerkschaftern zusammenzutreffen, die den Kampf gegen den Notstand der Republik dort aufgenommen haben, wo der Hebel am größten ist: Zusammen mit anderen Kollegen im Betrieb, in Vertrauenskörpern, in der Gewerkschaft. Das erste Referat auf der Konferenz beschäftigte sich mit der Weltwirtschaftskrise. Dort wurde sehr anschaulich dargestellt, wie verfault doch der gegenwärtige Kapitalismus schon ist. Dass er eigentlich sein Ende schon lange überschritten hat und sich gerade mit allen ihm möglichen Mitteln dagegen wehrt, abzutreten.

Als Beispiele sind mir in Erinnerung geblieben, dass eigentlich die Mittel längst bestünden, um den Hunger in der Welt zu beseitigen. Laut UN-Beauftragtem für das Welternährungsprogramm würden 63 Milliarden ausreichen, damit auf der Welt fünf Jahre lang niemand mehr hungern

müsste. Demgegenüber stehen die 104 Milliarden der BRD, die für diese Summe gerade mal 3 Wochen auf ihren Gewinn verzichten müssten.

Demgegenüber stehen auch die 680 Milliarden, die den Kapitalisten allein hierzulande, vom Staat BRD in den Arsch geschoben werden. 680 Milliarden, die wir erarbeitet haben und die uns fehlen.

Diese Fakten kann man übrigens gut in Diskussionen verwenden, um zu verdeutlichen, wessen Staat dieser Staat ist, und somit auch, in wessen Interesse der Staat gerade umgebaut wird.

Wie dieser Staatsumbau gerade die Jugend betrifft, sie militarisiert und schon von klein auf für den Krieg vorbereitet, war ein nächster Schwerpunkt der Konferenz. Was dabei gerade die besondere Situation der Jugend der annektierten DDR ist, wie sie vom Notstand der Republik doppelt betroffen ist, hat ein weiteres Referat veranschaulicht.

All diese Themen und auch die Diskussionen dazu, bringen immer wieder die Frage auf: Was tun?

Die Angriffe der Herrschenden bringen uns so nah an die offene Gewaltherrschaft, dass wir jetzt gemeinsam kämpfen und uns gemeinsam wehren müssen, oder wir werden gemeinsam besiegt. Ein Kreuz am Wahltag hilft uns da nicht weiter.

Deshalb ist die Einheitsaktion zum Bundestagswahlkampf 2009 „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik“ für uns eine Antwort.

Bei dieser Aktion werden in den Wochen vor der Bundestagswahl 5 LKWs auf öffentlichen Plätzen und vor Betrieben in mehreren Städten bundesweit unterwegs sein. Auf der einen Seite wird die Losung „Klassenkampf statt Wahlkampf“ auf der anderen Seite „Gegen den Notstand der Republik“ zu lesen sein. Unter den Losungen werden auf den Wagen Teile des Staatsumbaus z.B. der Heimatschutz und der Kampf dagegen vereinfacht dargestellt werden.

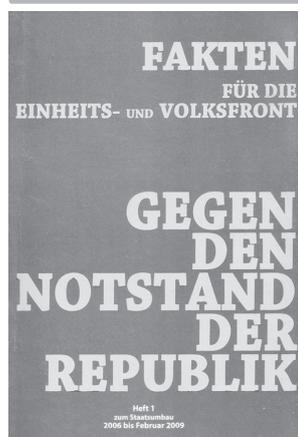
Insbesondere vor den Betrieben (Großbetrieben) soll dafür agitiert werden, dass gerade angesichts der Wirtschaftskrise das Verlassen auf einen bestimmten Wahlausgang ohne eigenes Handeln, ohne eine Organisation und Aktion gegen die Herrschenden dieses Landes und die Besitzer von Banken und Konzernen nichts Gutes für die Werktätigen erreicht werden kann.

Diese Aktion gibt uns die Möglichkeit, ein klares Signal zu setzen, unsere Kräfte zu vereinen, die Auseinandersetzung mit den Herrschenden und ihrem Staatsapparat zu führen und zu üben. Sie wird Widersprüche bei uns und bei anderen aufwerfen, an denen wir wachsen können und mit Sicherheit werden wir stärker, erfahrener, mutiger und wissender – auch um unsere eigenen Schwächen und Fehler – daraus hinausgehen.

Sie ist ein realistisches Kampfmittel, weil die Kräfte für eine zentrale Großdemonstration mit der klaren Haltung „Kampf dem Notstand der Republik“ momentan nicht vorhanden sind, geschweige denn für einen Generalstreik. Weil es andererseits notwendig ist, diese klare Haltung mit den uns möglichen Kräften auf die Straße zu bringen. Wir machen uns mit Hilfe den LKWs deutlich sichtbar und zeigen ein Stück Macht und Klarheit, die eine kleine Demonstration allein nicht erreichen kann.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft (oder nur wahlkämpft) hat schon verloren!

Lena



Aus dem Vorwort

„Wenn es in der Wirtschaft hagelt“ muß das Grundgesetz außer Kraft gesetzt und mit Notstandsgesetzen regiert werden. Das verlangte 1968 der deutsche Innenminister Paul Lücke bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Teile der Gewerkschaftsbewegung erkannten die Gefahr: „Die Gefahr, die uns droht – ich möchte es noch einmal unterstreichen – ist der totale Staat im Gewande der Legalität, die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie.“ (IG Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz 1966).

Heute hagelt es in der Wirtschaft gewaltig. Das Monopolkapital hat eine Weltwirtschaftskrise verursacht, die nur noch mit der großen Krise von 1929 vergleichbar ist. Damals lösten die Kanonenkönige und Großkonzerne die Krise mit Notverordnungen, Faschismus und Krieg. Heute wie damals kennen sie keinen anderen Ausweg. (...) Mit den hier vorgelegten „Fakten für die Einheits- und Volksfront gegen den Notstand der Republik“ wollen wir die

entstandene Aktionseinheit festigen, den Arbeitern und Gewerkschaftern das Wissen für ihren Kampf in die Hand geben und mit dafür sorgen, dass die Einheit der Arbeiter vertieft und erweitert wird. (...)

Wir untersuchen seit 2006 detailliert die Angriffe der Monopolbourgeoisie, ihrer Minister und ihres Staatsapparats gegen die bürgerlich-demokratische Republik. In sechswöchigem Abstand besprechen und bewerten wir die Ergebnisse, um die Arbeiter und Gewerkschafter zu unterrichten. Mit dieser Broschüre legen wir erstmals die Fakten von 2006 bis Januar 2009 in geschlossener Form vor. "

Wir können diese Heft 1 zum Staatsumbau nur jedem empfehlen. Bestellen könnt Ihr es entweder bei uns fanfare@fdj.de oder direkt beim Verlag das Freie Buch GmbH Tulbeckstr. 4, 80339 München. Kosten: 10€.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929

So wie heute hatte 1929 keiner (außer vielleicht die Marxisten) mit einer Weltwirtschaftskrise solchen Ausmaßes gerechnet, wie sie dann eintreten sollte. Noch im September 1929 stellt der Präsident der New Yorker Börse fest, „dass es mit den Wirtschaftszyklen, wie wir sie erlebt haben, heute vorbei ist. Ich jedenfalls bin von der wesentlichen und fundamentalen Dauerhaftigkeit der amerikanischen Prosperität [Aufschwung] überzeugt. Und das ist wohl die Meinung der gewaltigen Mehrzahl der Geschäftsleute in den Vereinigten Staaten und zweifelslos in der ganzen Welt.“¹ Einen Monat später, am 29. Oktober 1929, ereignete sich der bis dahin größte Börsenkrach in der Geschichte.

Diese Krise vernichtete innerhalb von vier Jahren ein Viertel des gesamten Reichtums der Erde. Von 1929 bis 1932 halbierte sich der Umfang der Weltindustrieproduktion. 1932 war jeder fünfte Industriearbeiter arbeitslos. Das Deutsche Reich war von der Krise nicht minder betroffen. Von 1929 bis 1932 sank die Industrieproduktion um 44%. Die Arbeitslosigkeit war im Vergleich zu anderen Ländern besonders hoch, 1932 betrug sie 44% (rund 6 Millionen), dazu kamen noch 23% Kurzarbeiter. Mit anderen Worten: von 100 Industriearbeitern waren nur 33 in Vollzeitbeschäftigung. Dazu kam, dass die Reallöhne um mehr als ein Drittel sanken. Und auch sonst versuchte die Regierung, alle Lasten der Krise auf

die Werktätigen abzuwälzen, durch Anhebung der Steuern auf Konsumgüter und Erhöhung der Beiträge für die Sozialkassen. Auf der anderen Seite beschenkte sie die Reichen, Banken und Konzerne z.B. durch Steuererleichterungen, Senkung des Leitzins und nicht zuletzt durch Rettungsaktionen für einzelne Konzerne, z.B. durch Ankauf von Aktien.²

All dies verkürzte oder milderte die Krise ganz und gar nicht, im Gegenteil, es verlängerte sie nur zu Lasten der Arbeiter. Die Arbeiter antworteten mit Demonstrationen und Streiks, wie z.B. der Mansfelder Bergarbeiterstreik 1930, der Streik der Ruhr-Bergarbeiter 1931 und der Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932. Die Wirtschaftskrise wurde zur Krise der Herrschenden. Die Regierungen wechselten ständig³ und regierten am Ende fast ausschließlich mit Notverordnungen. Ernst Thälmann fasst die Auswirkungen der Krise auf die Politik folgendermaßen zusammen:

„Als Gegenwirkung des revolutionären Aufschwungs im Verlauf der Krise vollzieht sich die Krise und Faschisierung der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie. Hier ist einmal der Bankrott des Parlamentarismus. Die Bourgeoisie regiert nur noch mit Notverordnungen. [...] Der Reichsrat wird auch schon ohne formelle Verfassungsänderung in der Praxis der Bourgeoisie zu einer ersten

Notstandsmaßnahmen der Gemeinde Fürstenfeldbruck:

In der Gemeinderatssitzung vom 9.11.1931 wurden folgende Vorschläge des Notstandsausschusses für Notstandsmaßnahmen im Winter 1931/32 beraten:

1. Eröffnung der Suppenküche sobald Betriebsmittel genügend vorhanden sind. Um diese zu beschaffen, ist eine dringende Haussammlung bei den einzelnen Familien notwendig (Geld oder Lebensmittel).
2. Kinderspeisung. Wie im Vorjahr sollten während der rauen Wintermonate bedürftigen Schulkindern in der Schulpause Kaffee oder Brot abgegeben werden.
3. Sehr zu begrüßen wäre der Entschluß mildtätiger Privatpersonen, kinderreiche Familien an einigen Tagen der Woche an ihren Tisch zu laden.
4. An unterstützungsbedürftige Familien und Einzelpersonen mit eigenem Haushalte sind nach Bedarf und Vorrat Lebensmittel und Brennmaterial abzugeben.
5. Wärmestube. Im Gasthaus zur Sonne wird gleich 1930 eine Wärmestube errichtet. Sie muß von 10 Uhr vormittags bis 16 Uhr geheizt sein. Zutritt ist jedermann gestattet.
6. Altkleider-Stelle. Im Gebäude des Überlandwerkes wird unter Leitung des Gemeinderates Schwalber eine Altkleidungsstelle eingerichtet. Die Frauen des Roten Kreuzes werden um Mithilfe gebeten. Es ergeht die Bitte an die Bevölkerung, durch Abgabe von Wäsche- und Kleidungsstücken sowie Schuhen das edle Hilfswerk zu fördern.
(Quelle: www.fuerstenfeldbruck.de)



Wochentags geht's mit den Händen an der Hosennaht an die Schippererei. Sonntags dürfen die Arbeitswilligen auch Kellner spielen, d.h., sie müssen die wohlgenährten Dessauer Bürgerfrauen, die ihren Kaffeeklatsch im Arbeitsdienstlager abhalten, bedienen.

„A-I-Z“ („Arbeiter-Illustrierte-Zeitung“), 16. Oktober 1932

Kammer im Sinne eines faschistischen Umbaus des Staatsapparates. [...] Die ‚kommunale Demokratie‘ ist nahezu völlig abgeschafft. Anstelle der selbständigen Finanzgebarung der städtischen und sonstigen Kommunalparlamente sind in nahezu allen wichtigen Städten von oben eingesetzte Staatskommissare getreten, die diktatorisch, ohne Rücksicht auf die kommunalen Mehrheiten und ihre parlamentarischen Beschlüsse vorgehen. Die Polizeimaßnahmen gegen die ganze Berliner kommunistische Stadtverordnetenfraktion [...], schließlich die geplante, zum Teil schon praktisch eingeführte



Arbeitsbeschaffungsprogramm des K.V.D.
(Kommunistischer Jugendverband Deutschlands), Juni 1931

Arbeitsdienstpflicht sind weitere
Tatsachen der Faschisierung.⁴⁴

Aber nicht nur die Tatsache, dass das Monopolkapital dazu überging, seine Macht lieber mit dem Mittel der faschistischen Diktatur zu sichern, ist auf die Krise und ihre Folgen zurückzuführen. Auch die Widersprüche unter den Imperialisten haben sich durch die Krise extrem verschärft. Die von der Krise besonders gebeutelte deutsche Stahl- und Kohleindustrie drängte mehr und mehr zum Krieg – das gründlichste aller Krisenbereinigungsprogramme.

Dafür hatten sie mit Hitler den richtigen Mann an die Macht gebracht. Kurz nach seiner Ernennung zum Reichskanzler legte er sein Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, über das er in einer Ministerbesprechung im Februar 1933 laut Protokoll folgendes gesagt haben soll: „Er (Hitler) halte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Vergebung öffentlicher Aufträge für die geeignetste Hilfsmaßnahme. Das 500-Millionen-Programm sei das größte seiner Art und besonders geeignet, den Interessen der Wiederaufrüstung dienstbar gemacht zu werden. Es ermögliche am ehesten die Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung der Landesverteidigung.“⁴⁵ Die Mär, Hitler hätte die Arbeitslosigkeit besiegt, stimmt übrigens aus zweierlei Gründen nicht: Erstens war die Krise 1933 sowieso vorbei, denn bereits Mitte 1932 setzte ein neuer Aufschwung ein, und zweitens hieß das Konjunkturprogramm der Faschisten tatsächlich Aufrüstung

und Kriegsvorbereitung, und da gehörte auch der Bau von Autobahnen dazu, was nebenbei auch heute wieder auf der Agenda steht.

Der 2. Weltkrieg vernichtete schließlich das, was die erste Weltwirtschaftskrise übrig gelassen hatte, von den Millionen Toten mal ganz abgesehen. Diese gigantische Vernichtung von Werten ermöglichte dem Kapitalismus eine längere Phase des Aufschwungs und beugte in den ersten Jahrzehnten nach 1945 großen Krisen, wie der von 1929 vor. Das ist auch das ganze Geheimnis des sogenannten Wirtschaftswunders in der BRD. *Ma/Ju*

¹ Zitiert in: Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, Wilhelm M. Breuer „Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932, Pahl-Rugent. 1974

² Die bedeutendste war die sogenannte Gelsenberg-Aktion, dazu Eugen Varga: „Die 100 Millionen Mark, die die bereits zurückgetretene Brüning-Regierung zum Ankauf der im Besitz des Herrn Flick befindlichen Gelsenberg-Aktien aufwendet – wobei das dreifache des Kurses und mehr als der gesamte Kurswert aller Aktien der Vereinigten Stahlwerke bezahlt wurde – saniert vielleicht persönlich Herrn Flick bzw. die Charlottenhütte, lässt aber die Lage des größten Unternehmens, der Vereinigten Stahlwerke, unverändert.“

Zitiert in: Wilhelm M. Breuer, 1974

³ 1928: Müller (Wahl), März 1930: Brüning (berufen), September 1930: Brüning (Wahl), Mai 1932: Papen (berufen), Juli 1932: Papen (Wahl), November 1932: Schleicher (Wahl), Januar 1933: Hitler (berufen), März 1933: Hitler („Wahl“)

⁴ Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Volksrevolution über Deutschland, Rede Thälmanns vor dem Plenum des ZK der KPD, 15.-17. Januar 1931

⁵ Ernst Berthold Ries, „Die Finanzpolitik im Deutschen Reich 1933-35“. Zitiert in: Wilhelm M. Breuer, 1974

STEMPELLIED 1929

Keenen Sechser in der Tasche,
bloß 'n Stempelschein.
Durch die Löcher der Kleedaasche
kiekt die Sonne rein.
Mensch, so stehste vor der Umwelt
jänzlich ohne was;
wenn dein Leichnam plötzlich umfällt,
wird keen Ooge naß.
Keene Molle schmeißt der Olle,
wenn er dir so sieht ... Tscha
die Lage sieht sehr flau aus,
bestenfalls im Leichenschauhaus
haste noch Kredit.

Stellste dir zum Stempeln an
wird det Elend nich behoben. –
Wer hat dir, du armer Mann,
abjebaut so hoch da droben?

Ohne Arbeit, ohne Bleibe
biste null und nischt.
Wie 'ne Fliege von der Scheibe
wirste wegjewischt.
Ohne Pinke an der Panke
stehste machtlos da,
und der Burschoa sagt: Danke!
rückste ihm zu nah.
Äußerst schnell schafft
die Jesellschaft Menschen uff 'n Müll –
Wenn de hungerst, halt de Fresse;
denn sonst kriegste 'ne Komprese –
und das mit Jebrüll.

Stellste dir zu pampich an,
setzt et jleich 'n Wink von oben –
denn es hab 'n dich armen Mann
abjebaut die hoch da droben.

Und so kieken dir de Knochen
sachte aus der Haut.
Und du bist in wen'gen Wochen
völlig abjebaut.
Und du koofst dir een paar Latten
für 'ne letzte Mark;
denn für eenen dünnen Schatten
reicht 'n dünner Sarg.
Nur nich drängeln
zu die Engeln
kommste noch zur Zeit.
„Holde Rationalisierung“
singt dir de Jewerkschaftsführung
sinnig zum Geleit.

Stell dir vorsichtshalber dann
Jleich zum Stempeln an auch oben –
denn du bleibst, als armer Mann,
abjebaut auch hoch da droben.

Text: David Weber (= Robert Gilbert, eigtl.
Robert Winterfeld) Musik: Hanns Eisler

Dieses Lied, mit dem Ernst Busch im Berlin
der Weimarer Republik populär geworden ist,
entstand 1929.



**Wir dokumentieren:
Verdi-Jugend, Bundesvorstand
Flyer“ Zur Lage des Systems”**

**JEDE GESELL-
SCHAFTSFORM
HAT IHRE ZEIT. 2.**

Der Kapitalismus war ein großer historischer Fortschritt. Er hat uns eine neue Zeit gebracht, mit der Idee von Freiheit und einem besseren Leben. Doch das ist hundertfünfzig Jahre her. Damals machten der Privatbesitz an den Produktionsmitteln und die Lohnarbeit Sinn: Weil es offenere Konzepte waren als das Prinzip von Grundbesitz und Leibeigenschaft. Weil sie Entwicklungsmöglichkeiten schufen.

VisiP: verdi-Jugend, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin; Idee und Gestaltung: kp works, Berlin; Artikel-Nr. 101010-0309-10000352



**ZUR LAGE
DES
SYSTEMS**

«Die Chinesen schreiben das Wort »Krise«
THESEN
mit zwei Schriftzeichen. Das eine bedeutet

ÜBER
«Gefahr, das andere »günstige Gelegenheits«
KRISE
Saul D. Allinsky: »Ableitung zum Mächtigen»

ver di JUGEND

Ein Wirtschaftssystem muss sich daran messen lassen, wie gut es funktioniert. Wie es gesellschaftliche Ressourcen zu nutzen und die Entfaltung der Menschen zu fördern versteht. Wie daraus Fortschritt für alle entsteht. Doch was kann der Kapitalismus heute? Es ist eine Schande, wie er mit unseren Ressourcen umgeht: Die Natur wird rücksichtslos ausgebeutet. Echte Bildung findet kaum mehr statt. Menschliche, kreative Arbeitskraft liegt massenhaft brach. Unsere Intelligenz wird nicht genutzt. Gute Ideen verkümmern. Der Markt hat ausverkauft.

**3 ■ DER
KAPITA-
LISMUS
FUNK-
TIONIERT
NICHT
MEHR.**

**4. ER WAR
VON AN-
FANG
AN NICHT
GUT
DURCH-
DACHT.**

Zu gewaltig ist der innere Widerspruch des Kapitalismus: Zwischen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse. Zu flach das Streben nach Profit als Triebkraft der menschlichen Entwicklung. Absurd die Konkurrenz zwischen den Menschen. Zwischen den Klassen. Zwischen den Staaten. Zwischen Nord und Süd. Zwischen Asien, Europa und Amerika. All das wird immer abstruser.

**1. DIE KRISE
IST KEINE
SYSTEMKRISE.**

Namen hat sie viele: Subprime-Krise, Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise. Und keiner stellt in Frage, dass die Lage ernst ist. Aber niemand präsentiert eine Lösung. Weil sich niemand traut, die Krise zu Ende zu denken. Und die Ahnung laut auszusprechen: Dass ein System am Ende ist. Ein System namens Kapitalismus.

5. WER SCHULDIGE SUCHT, IST AUF DEM HOLZ WEG.

Schon vor hundert Jahren kostete der erste Weltkrieg Millionen Menschen das Leben und vernichtete immensen gesellschaftlichen Reichtum. Weil »der Franzos« schuld war an der miserablen Lage. Dann waren »die Kommunisten« schuld. Dann mussten »die Juden« dran glauben. Heute sind »die Ausländer« schuld, die »Heuschrecken« ... Oder Amerika. Es sind immer dieselben einfachen Feindbilder: So geht Volksverdummung. So funktioniert Ablenkung, Propaganda, Ideologie. Und Faschismus. Der Fehler liegt im System.

DIE JUNGE GENERATION HAT KEINE AKTIEN IM SYSTEM. 7.

Gerade die junge Generation hat am wenigsten Grund, das System zu retten. Denn sie hat schon lange nichts mehr zu verlieren. Die soziale Schere klafft weit auf – vor allem zwischen den Generationen. Die Jungen besitzen fast nichts: Kein Geld, keine Güter, keine Perspektiven. Praktika, Leiharbeit und unsichere Jobs sind die Regel. Wenn überhaupt. Die Jugend wird im großen Stil um ihre Zukunft betrogen. Ein Symptom des Untergangs.

DIE RETTUNGSVERSÜCHE SIND POLITIKER SIND HILFELOS. REAKTIONEN.

Die Maßnahmen der Politik sind hilflos. Dahinter steht keine neue vorwärtsweisende Idee. Es sind alte Konzepte für ein altes System. Die Milliardarden, die Banken und Politik, die Banken stützen, gehören der Bevölkerung. Sie würde nicht gefragt. Man hätte das Geld in Bildung und Ausbildung stecken können. Oder ins Gesundheitssystem. Zum Beispiel. Aber die Politik hat Angst vor dem Neuen.

6 ■

DIE ZEIT FÜR EINE ANDERE GESELLSCHAFT IST REIF.

Die Geschichte ist nicht Vergangenheit, sondern ein Prozess. Der läuft auch heute noch weiter – und keine Regierung der Welt kann das auf Dauer verhindern. Und tausend »Schutzschirmen« und mit Zwang und nicht immer wieder Alte geht, das Neue kommt: Und die Menschen haben immer wieder aktiv bewiesen, dass auch gescheiterte Ordnungen gehen müssen. Um etwas Neues gehen zu machen. Etwas Anderem. Etwas, das besser funktioniert. Die Jugend arbeitet daran. Wir werden uns die nächste Gesellschaft selbst organisieren. Denn die Zeit ist reif.

8.

Das Technische Hilfswerk (THW)

Geschichte und neue Aufgaben

Wer vom Technischen Hilfswerk (THW) spricht, denkt in erster Linie an eine zivile Hilfs- und Rettungsorganisation und an eine Geschichte von Einsätzen zum Wohl und Schutz des Volkes. Doch das THW hat vor allem eine andere Geschichte, und mit ihm wird eine Zukunft gestaltet, die den Meisten unbekannt sein dürfte: „Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens“, also Streikbruch, und Zuarbeit zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

Das Technische Hilfswerk besteht seit 1950, allerdings hat es eine Vorgeschichte, die zu kennen ganz nützlich ist, wenn man die Entwicklungen heute betrachtet und sie einordnen will.

„Die Technische Nothilfe ist ein Kind der Revolution 1918/19.“ Das ist ein Zitat von der Internetseite des THW Bornheim. Um die Sache zu verstehen, muss man wissen, dass nach dem ersten Weltkrieg 1919 im ganzen Reich Freikorps präsent waren, die gut besoldet und bis an die Zähne bewaffnet waren, und eingesetzt wurden, um Demonstrationen, Unruhen, Aufstände und Revolutionen wie die Räterepubliken

niederzuschlagen, was ihnen auch ganz gut gelungen ist. Es gab aber eine Sache, mit der sie nicht so gut zurecht kamen, nämlich die zahlreichen Streiks. Keine Warnstreiks bei Tarifaueinandersetzungen, wie wir sie heute kennen, wo man ne Stunde um den Betrieb latscht um dann fröhlich mit 2% mehr Lohn weiterzuarbeiten. Das waren spontane, wilde und vor allem politische Streiks, gegen die die Freikorps nicht ankamen.

Auf der Seite des THW heißt es dazu: Es genügte, in einigen ganz wenigen Versorgungsbetrieben für Gas, Wasser und Elektrizität die Arbeit ruhen zu lassen, um ganze Stadtteile lahm zu legen. In solchen Fällen nützte es nichts, Militär vor den betroffenen Werken zusammenzuziehen und den im Ausstand befindlichen Arbeitern Gewalt anzudrohen. An ein entwickeltes Arbeitsrecht, durch das im Streikfall die Aufrechterhaltung eines Notbetriebs zur Verpflichtung gemacht worden wäre, war Anfang 1919 ohnehin noch nicht zu denken. Also diesen politischen Streiks kam man nicht bei.

Deswegen wurde auf Anregung des Reserveleutnants Otto Lummitzsch vom Generalstab der Garde Kavallerie

Schützen Division (Zusammenschluss mehrerer Freikorps) aus technisch vorgebildeten Heeres- und Marinesoldaten eine technische Abteilung aufgestellt, die bei Streiks in den bestreikten Betrieben eingesetzt werden konnte. Natürlich nur in Betrieben mit lebensnotwendiger Infrastruktur, wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken. In Verkehrsbetrieben, im Bestattungswesen (absolut lebensnotwendig), der Müllabfuhr, sowie Betrieben zur Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung von Nahrungsmitteln und so weiter. Also so gut wie überall. Der Plan sah so aus: Wird ein Betrieb bestreikt, werden die Freikorps geschickt, um die Arbeiter niederzuschlagen und die technische Abteilung (TA) sorgte derweil dafür, dass weiter gearbeitet werden kann. Das ist die erste Vorgängerorganisation des THW: Eine Streikbrecherorganisation!

Im Juli 1919 war die TA 1100 Mann stark. Die Streiks ließen sich dadurch aber nicht verringern. Sie wurden zwar zum Teil wirkungslos gemacht, aber deswegen wurden es nicht weniger. Daraufhin wurden wieder auf Vorschlag von Lummitzsch technische Zeitfreiwilligen-Vereine aufgestellt, die nur im Bedarfsfall einberufen werden sollten. Diese nannten sich dann Technische Nothilfe, TN. Auch die Technische Nothilfe hatte den Streikbruch zur Aufgabe!

Diese TN verbreitete sich dann ziemlich rasch. Es gründeten sich im ganzen Reich TN-Ortsgruppen. Am 30. September 1919 wurde die TN zu einer reichsweiten Organisation und organisatorisch von der TA getrennt. Reichsweit brach sie dann nicht nur Industriestreiks, sondern auch Erntestreiks der Landarbeiter, mit Hilfe von Reichswehr und Sicherheitspolizei. Im Sommer 1919 war die TN kurzfristig durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags bedroht, der eine stufenweise Verkleinerung der Reichswehr auf 100.000 Mann festsetzte. Da die TN der Reichswehr unterstand, wäre sie auch davon betroffen gewesen. Da die Reichsregierung aber nicht auf ihre Streikbrecher verzichten wollte, wurde die Zuständigkeit für die TN am 28. November 1919 dem Reichsministerium des Inneren übertragen, womit die TN auf dem Papier zu einer zivilen Organisation wurde.

Der Streikbruch allein zeigt schon, dass es sich bei den Mitgliedern der TN nicht um fortschrittliche Menschen handelte. Abgesehen davon verfolgten sie noch



Bodo mit dem Bagger.. baggert nun auf Bundeswehr-Übungsgelände (2008, "Bluetech")

weitere Ziele. Mitte März 1920 unterstützten sie den Kapp-Putsch, indem sie den dagegen ausgerufenen Generalstreik unterliefen. 1924/25 hatte die TN fast eine halbe Million Mitglieder. Anfang der Dreißiger waren es nur noch 100.000, weil die Einsätze der TN seltener geworden waren und damit die Mitgliedschaft nicht mehr so interessant war. Dann wurde vor allem auch von Gewerkschaften wieder lauter gefordert, die TN, die ja ohnehin nur auf Zeit gegründet worden war, wieder aufzulösen. Der Stellvertretende Leiter Erich Hampe verlagerte daraufhin die Aufgaben der TN vom reinen Streikbruch auf den technischen Katastrophenschutz und den zivilen Luftschutz. Zu diesem Zeitpunkt übernahm die TN also das erste Mal Aufgaben, die ihrer Nachfolgeorganisation dem THW zugeschrieben werden, wie Hilfe bei Überschwemmungen, Bränden etc.

1933 freundete sich die TN sofort mit den Nazis an. Sie stellte sich als besonders antikommunistisch dar, was ja auch nicht gelogen war, und verlegte ihre Aufgaben vom Streikbruch (Streiks waren jetzt sowieso verboten) komplett auf technische Hilfe. Dafür wurde sie nicht aufgelöst, sondern galt als befreundet. Das heißt, die Technische Nothilfe war bei Aufmärschen, Kundgebungen und Fackelzügen der NSDAP dabei, dafür ließen sich SS- und SA-Trupps in Sachen Behelfsbrückenbau und Luftschutzübungen von der TN trainieren. Am 15. Gründungstag der TN, dem 30.09.34, gratulierte Hitler persönlich für die geleisteten Dienste. Damit war die Daseinsberechtigung der TN gesichert. Nur der Gründer Lummitzsch wurde durch einen SA-Truppenführer ersetzt, weil er sich nicht von seiner jüdischen Frau trennen wollte. 1937 wurde die Sicherung bestätigt und der TN die Sonderaufgabe des Instandsetzungsdienstes im Luftschutz im Rahmen



Italienische Polizeiabordnung in Berlin
i.v.l.: SS-Gruppenführer Weinreich
(Inspektor Technische Nothilfe),
Mitte: Kurt Daluege (Ordnungspolizei)



THW im Einsatz: NATO-Gipfel in Strassbourg, 04.04.09

einer Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz bescheinigt. Himmler machte sich daran, die TN zu einer Hilfspolizei umzuwandeln. Infolge dessen löste sich die TN von SS und SA und bandelte nun mit der Feuerwehr und der Wehrmacht an. Diese Konstellation war nicht willkürlich. Bereits bei der Besetzung des Sudetenlandes war die TN mit dabei. Die Wehrmacht fiel über die Länder her, TN und auch Feuerwehr und DRK bildeten hinterher die Besatzungstruppen. Bei Kriegsbeginn wurde die TN dann in zwei Hälften geteilt. Die Jüngeren wurden losgeschickt, Länder zu erobern und zu besetzen, so zum Beispiel Polen und Frankreich. Das heißt auch, dass sie dafür sorgten, dass die Betriebe weiter liefen, davon wollten die Deutschen ja was haben. Die Älteren sorgten an der Heimatfront für Ruhe, übernahmen Hilfsspionagearbeiten, Nachrichtenübertragungen und Trümmerbeseitigung, und gingen gegen den antifaschistischen Widerstand vor, sprengten z.B. Keller der Edelweiß-Piraten in Köln. 1941 wurden die Wehrpflichtigen komplett in die Wehrmacht eingezogen. Danach fehlten der TN zwar ein bisschen die Nachwuchskräfte, aber sie blieb bis zum Ende des Krieges bestehen und wurde dann als eine von 62 faschistischen Organisationen von den Alliierten aufgelöst.

Gründung des Technischen Hilfswerks: Nur fünf Jahre später war die antifaschistische Zeit der BRD Vergangenheit, und die Technische Nothilfe wurde von dem gleichen General Lummitzsch

unter dem neuen Namen Technisches Hilfswerk wieder aufgebaut.

Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall wussten sehr wohl, was es mit diesem THW auf sich hatte und warnen die Arbeiter vor dieser Organisation. Legten sogar fest, dass Mitglieder des THW in der Gewerkschaft nichts zu suchen haben (Metall Zeitung 1953). Heute weiß das die Arbeiterklasse nicht mehr, aber das Kapital weiß noch, wofür es sich das THW geschaffen hat.

Seit 2008 gibt es ein Kooperationsprotokoll zwischen dem THW und der Bundeswehr. Das an sich ist schon ein Verbrechen, denn das THW ist eine nichtmilitärische Organisation und hat somit nichts mit der Bundeswehr zu tun zu haben. Durch diese Kooperationsverträge passiert jedoch genau das Gegenteil: THW und Bundeswehr werden miteinander verzahnt. Und dies ganz praktisch: In gemeinsamen Seminaren wird theoretisch geklärt, wie man mit Streikenden und Aufständischen umzugehen hat, wie man das am besten macht, gleich hinterher miteinander geübt. Das gilt übrigens nicht nur fürs Inland, sondern auch für die immer häufigeren Auslandseinsätze des THW.

Die Verzahnung einer nach gültigem Recht zivilen Organisation THW, die den Schutz der Genfer Konvention als nichtmilitärische Organisation genießt, mit der Bundeswehr und unter deren Fittichen, ist weder nach dem Recht der BRD möglich, noch nach geltendem

Völkerrecht! Aber sie ist nötig wenn 1,7 Mio. Arbeiter nicht weiter die sein wollen, die erst arbeiten bis zum Umfallen, Überstunden schieben und ihre Samstage opfern, um dann in der nächsten Krise entlassen zu werden.

Und so erklären sich auch die anderen Kooperationsvereinbarungen des THW. Denn es hat im Laufe des letzten Jahres ein halbes Dutzend Kooperationen mit der Chemieindustrie geschlossen. Dort geht es darum, dass das THW, das ja im öffentlichen Verständnis dazu da ist, brüchige Deiche zu stopfen, Zutritt zu den Chemiekonzernen bekommt bei Großschadensereignissen wie z.B. Streiks. BASF hat angesichts der Krise im letzten Jahr über 80 Werke geschlossen und zigtausend Arbeiter entlassen. BASF holt sich jetzt das THW aus Angst vor „Störungen des Betriebsfriedens“ (Wirtschaftswoche 8/2009)

So versichern sich die Kapitalisten gegen ihre Arbeiter. Und die Versicherung ist nötiger denn je. Alles, was bereits dafür rekrutiert werden konnte, reicht nicht, es muss für Nachwuchs gesorgt werden. Deswegen hat das THW eine weitere Kooperation geschlossen. Nicht mit einem Betrieb, sondern mit einer Schule. Der G10 in Hamburg, der staatlichen Gewerbeschule für Elektroniker. Dort werden jetzt mit den Schülern und dem THW gemeinsame Übungen durchgeführt. Inhalt des praktischen Teils: Aufbau einer externen Notstromversorgung. Das ist sicherlich hilfreich, bei einem von Hamburgs zahllosen Stromausfällen durch Schneestürme, wurde aber entwickelt von der technischen Nothilfe, um bestreikte Betriebe wieder in Gang zu bringen. Ziel der ganzen Angelegenheit ist, die technikbegeisterten Jugendlichen für die Arbeit beim THW, das ihnen nur bekannt ist als Lebensretterorganisation, zu begeistern. Ziel ist natürlich auch ihnen schon mal die Grundlagen des Streikbruchs beizubringen.

Niemand erzählt den Jugendlichen in den Berufsschulen, woher das THW kommt, wofür es gegründet wurde und was das THW heute im In- und Ausland treibt. Das muss aber gemacht werden, sonst rennen sie tatsächlich gegen ihresgleichen und denken, das sei eine Schneekatastrophe. Allerdings kann den Jugendlichen auch ein Licht aufgehen und sie drehen das Gelernte um, wenn es gilt, die Fabriken samt Stromversorgung lahm zu legen.



*Ziehen am selben Strang:
THW-Präsident Albrecht Broemme und General Schneiderhan bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung*

Das THW und die DDR

Am Wochenende vom 15. bis 17. Mai 2009 findet in Chemnitz der Tag des THW statt. Dort wird die 20 jährige Tradition des THW in der DDR gefeiert. 20 Jahre deswegen, weil das THW, sobald die Mauer offen war, rüber rannte, um mit der Auflösung des Landes, welches es nie als eigenständigen souveränen Staat anerkannt hatte, zu beginnen.

Das Vorhaben bestand schon lange. Daraus ergaben sich sogar besondere Gesetze: Das THW-Helferrechtsgesetz, welches „Hilfeleistungen“ im Ausland regelt, hat im Gesetzestext nicht Ausland stehen, sondern „außerhalb des Geltungsbereichs des THW“

Dazu auf der THW-Bund Seite: „Die außergewöhnliche Formulierung ist historisch dadurch zu erklären, dass das THW-Helferrechtsgesetz zu einem Zeitpunkt in Kraft trat, in welchem es noch die DDR gab. Das Gebiet der DDR war nach bundesdeutschem Rechtsverständnis jedoch kein Ausland. Auf diesem Gebiet galten jedoch die bundesdeutschen Gesetze nicht.

Wäre also z. B. die Oder einige Jahre früher, als 1997 geschehen, über die Ufer getreten und die damalige Regierung der DDR hätte die Bundesrepublik Deutschland um Hilfe ersucht, hätte sich möglicherweise folgendes Problem gestellt: Bei einer Formulierung „technische Hilfe im Ausland“ hätte das THW auf DDR-Gebiet nicht eingesetzt werden können, da die DDR kein Ausland war.“

Sobald dann die Grenze offen war, konnte das THW ganz problemlos in den Osten:

Am 9. November 1989 gab die DDR-Führung die Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland bekannt. Nur einen Tag später, am 10.11.1989 errichtete das THW Northeim auf dem Gebiet der DDR bereits Notunterkünfte für ausreisende DDR-Bürger. Der Einsatzbefehl dazu ging bereits am 09.11. raus.

Am Wochenende danach baute der gleiche Ortsverband eine Behelfsbrücke an der Grenze. Liegengebliebene Fahrzeuge von DDR-Bürgern wurden vom THW eingesammelt und in einer Berufsschule in Duderstadt wieder instandgesetzt. Auch da also besetzte das THW bereits Schulen.

Und schon am Wochenende vom 18. bis 20.11.1989 fing das THW bei Ecklingerode an, die Mauer einzureißen. Das war sein Beitrag zur Einverleibung der DDR. Dieser Einverleibung, die danach auch den grundlegenden Abbau und die Zerstörung der Betriebe zur Folge hatte.

**20 Jahre THW
in der DDR
sind mehr als genug!**

2. Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik am 08./09.11.08 in Hamburg

Am Samstag den 8. November trafen sich zwischen 80 und 90 Jugendliche zum 2. Jugendaktivistentreffen. Am Vormittag saßen sie in einer Werkstatt an Werkbänken um sich inhaltlich weiter zu bilden und zu erfahren, dass der Notstand der Republik rasant voran schreitet. Entweder in Form eines neuen BKA-Gesetzes, oder durch das Papier der CDU/CSU Bundestagsfraktion, das den schönen Titel „Sicherheitsstrategie für Deutschland“, trägt.

Im hinterem Teil formierte sich der Widerstand! Hier wurde mit Transparenten aufgeklärt, was sich hinter dem so genannten Heimatschutz verbirgt und was Notstand der Republik eigentlich be-

deutet. Viele Passanten haben den knapp einen Kilometer langen Zug komplett an sich vorbei ziehen lassen, und teilweise gab es sogar Applaus.

Für alle Teilnehmer des Aktionszuges steht fest, dass sich diese Aktion gelohnt hat. Keiner wird den Kampf aufgeben, sondern man hat nur noch mehr Lust, nach diesem Jugendaktivistentreffen mit diesem beeindruckend langen Aktionszug, in seinem eigenen Ort Aktion zu machen, um das Wissen nach Außen zu tragen, und die neuen Aktionsformen, die man gesehen hat, endlich selber auszuprobieren!

Katrin

Zwei Stellungnahmen, in denen die Teilnehmer des Jugendaktivistentreffens das Ergebnis ihrer inhaltlichen Arbeit festhielten, sind in der letzten Fanfare (Nr. 47) oder unter www.jugendkongress-notstand-der-republik.de nachzulesen.



Dazu gehörte natürlich auch eine Einschätzung zur aktuellen Weltwirtschaftskrise. Nachdem nun alle Jugendlichen wieder auf dem Boden der Tatsachen angekommen waren, machte man sich nachmittags gemeinsam auf in den Hamburger Stadtteil Altona, um dort eine gemeinsame Aktion, nämlich einen Aktionszug gegen den Notstand der Republik, zu veranstalten.

Der Aktionszug war ca. 1 km lang und war weder zu übersehen, noch zu überhören. Denn durch Sprechchöre, Trommeln und kurze Reden wurde immer wieder auf den Staatsumbau hingewiesen und über den Notstand der Republik aufgeklärt. Der Zug bestand aus zwei Teilen, jeder Ort hatte in diesen zwei Teilen wiederum ein eigenes Abteil selber vorbereitet.

Im ersten Teil wurden wichtige Punkte des Notstand der Republik dargestellt, wie z.B. die Zusammenarbeit zwischen Politik und Bundeswehr, die Rekrutierung der Jugend oder der Heimatschutz.



Auf den Tafeln ist zu lesen:

„Der Direktor der Deutschen Bank meint:

Das beste Mittel, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, ist ein Krieg.“

Francis Mer, Französischer Wirtschaftsminister, 13.11.2002

„Die Bundeswehr muss die Soldaten wieder mit dem Tod vertraut machen.“

Bundeswehr Generalinspekteur Klaus Naumann, 2003

„Die Bundeswehr wird eine Armee im Einsatz werden. [...] Auch in Staaten, an die wir heute noch gar nicht denken.“

Peter Struck, Kriegsminister a.D. 26.10.2005

Das Gesinnungsverfolgungsgesetz

Die Regierung der BRD tritt schon seit längerem ihre Verfassung mit Füßen, doch jetzt hat sie zu einem Coup ausgeholt, der alles bisherige toppt. Was damals eine Errungenschaft des Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus war, ist jetzt dem Staat ein Klotz am Bein. „Die Gedanken sind frei“ soll unter der Berliner Annexionsregierung nicht mehr sein. Stattdessen soll eine Willkürherrschaft errichtet werden, die die bürgerliche Demokratie an den Rande des Umschlagens zum Faschismus führt.



Während die DDR den durch die Faschisten ermordeten Mitgliedern der antifaschistischen Widerstandsbewegung „Die Weiße Rose“ mit einer eigenen Briefmarke gedachte und Antifaschismus die Grundlage von Staat und Gesellschaft war...

Am 29. Januar 2009 hat die Große Koalition einen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht unter dem Titel „Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Straftaten“. Erstmals seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus soll nicht mehr eine begangene Tat bestraft werden, sondern der Gedanke an eine Tat. Verfolgt und bestraft wird die „Vorbereitung“ einer Tat, die geeignet ist, die „Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben“.

Wer also daran denkt, gegen den verrotteten deutschen Staat zu sein, soll mit 6 Monaten und bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Wer die „Absicht“ hat, sich mit der „Herstellung von

oder im Umgang mit Schusswaffen, Sprengstoffen, Spreng- oder Brandvorrichtungen... Stoffen, die Gift enthalten“ oder gesundheitsschädlich sind, unterweisen zu lassen, dem drohen nach § 89b Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren. Jeder Jugendliche stellt diese Stoffe im Chemieunterricht her. Ist er aufmüpfig, kann die staatliche Willkür ihm daraus einen Strick drehen.

Alleine diese Bedrohung hat verheerende Folgen: Ein Anwalt ist unbezahlbar, die Gerichtskosten sind kaum aufzubringen. Wer wegen des Verdachts der Auflehnung vor Gericht gezerrt wird, der kann damit rechnen, von seinem Arbeitgeber gefeuert zu werden. Arbeitsplatz futsch, nach einem Jahr Hartz IV die Wohnung unbezahlbar, die Möbel auf der Straße und die ganze Familie steckt im blanken Elend. Oder ein Jugendlicher, über den bekannt wird, dass er wegen einer staatsgefährdenden Sache verfolgt wird, wird vergeblich versuchen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Terror per Staatsgesetz.

Im neuen § 91 droht jedem, der „eine Schrift ... anpreist oder einer anderen Person zugänglich macht“ die „nach ihrem Inhalt geeignet ist“, als „Anleitung zu einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu dienen“, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder Geldstrafe belegt. Im Klartext: Wer ein Flugblatt gegen die kapitalistische Krise, gegen die staatliche Willkür, gegen den deutschen Krieg nur „anpreist“, es also nicht einmal verteilt oder weitergibt, wird mit drei Jahren Knast bedroht! Wer für den Kampf nicht unerhebliche Vermögenswerte sammelt, entgegennimmt oder zur Verfügung stellt, kann von 6 Monaten bis zu 10 Jahren bestraft werden.

Der sozialdemokratischen Justizministerin ist wie immer nicht ganz wohl mit ihren Anschlägen auf die Verfassung und in dem Falle sogar dem gesamten bürgerlich-demokratischen Rechts-

system. Das Ganze sei „verfassungsrechtlich nicht unumstritten“. Die Grundidee des Strafrechts sei es, den Täter für etwas zu bestrafen, was er getan habe. Zu dem neuen Gesetz: „Wir bewegen uns damit sehr weit im Vorfeld einer Tat.“ Also im Feld der Willkür, denn die Aufhebung des bürgerlich-demokratischen Rechtssystems ist der Beginn faschistischer Willkür. Daran ändern ihre Bauchschmerzen so wenig wie 1929/30 unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller und der Tolerierungspolitik bis 1933 und später. Die Fraktion der SPD im Bundestag hat, wie auch die CDU/CSU-Fraktion, in erster Lesung dem Gesetz zugestimmt und hebt sich so selbst immer mehr auf, wie in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Mit diesem Gesetz sollen nicht so sehr die Führer der Arbeiter und des Volkes verfolgt werden, für die bereits die Terrorgesetze gegen die Bildung von Vereinigungen und Organisationen sowie das KPD-Verbot existiert. Der Staat stellt die Gesinnung unter Strafe, er stellt unter Strafe, wofür für das ge-



...bereiten die Regierenden der BRD heute wieder Gesetze vor, die zukünftig ermöglichen, allein schon den Gedanken an Widerstand gegen Faschismus und Krieg unter zu Strafe Stellen. Für die Verbreitung des abgebildeten Flugblattes wurden die Geschwister Scholl von den Faschisten ermordet.

Ostermarsch Thüringen 2009

Die Gedanken sind frei. Mit dem Gesetz sagt der Staat allen Bürgern die Verfolgung an.

Aber der Staat zeigt damit auch, welche Angst die herrschende Klasse vor dem eigenen Volk hat, wie wenig sie ihm traut. Denn sonst wäre die Verfolgung der Gesinnung ja nicht nötig. Die Kampfansage des Staates gegen das ihm immer bedrohlicher erscheinende Volk drückt sich auch aus im Strafmaß. Die Staatsgefährdung mit einer Geldstrafe davonkommen zu lassen ist ungewöhnlich. Staatsgefährdung wird in der Regel mit Freiheitsentzug bestraft. In den Gefängnissen sollen jedoch die Arbeiterführer schmachten. Große Teile des Volkes in den Knast zu werfen würde jedoch die vorhandenen Kapazitäten überschreiten und Neubauten sind derzeit nicht geplant.

Doch die neuen Gesinnungsparaphen beschränken sich nicht nur auf die Arbeiter im eigenen Land, sondern beziehen sich auch auf die anderen Völker. Dazu wird in § 89a festgehalten, dass die Verfolgung auch gilt, „wenn die Vorbereitung im Ausland begangen wird.“ In den EU-Staaten kann der deutsche Staat ohne Genehmigung der Regierung die Verfolgung aufnehmen, außerhalb muss die Zustimmung des Justizministeriums vorliegen.

Die vom Volk gewählten Abgeordneten stimmten in der ersten Lesung mit großer Zweidrittel-Mehrheit für den Gesinnungsterror gegen das Volk, für die Unterwerfung derer, deren Stimmen sie erhalten haben. Über zwei Drittel der Abgeordneten im deutschen Bundestag stimmten verfassungswidrig für die reale Aufhebung des Grundgesetzes und der demokratisch-republikanischen Rechtsordnung, der bürgerlich-demokratischen Republik.

Die Opposition der Linken, Grünen und Liberalen war im Bundestag real nicht vorhanden. Ihre Reden waren seicht. Geschenkt. Denn hier kommt es nicht mehr aufs Reden an. Taten sind gefragt. Und nur mit Taten kann heutzutage das Parlament noch eine Tribüne des Klassenkampfes sein.

Susann

Thüringer Ostermarsch 2009



Am Samstag, den 11.4.2009 versammelten sich 180 bis 190 Menschen, um am zweiten zentralen Ostermarsch in Thüringen teilzunehmen. Aufgerufen hatten u.a. die Thüringen Friedenskoordination, Die Linke und der DGB Thüringen. Sie forderten u.a. den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Jugoslawien und die Schließung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf. Im Vorfeld des Ostermarschs fanden zwei Fahrraddemos aus Gotha und Arnstadt zum Treffpunkt am Bahnhof Ohrdruf statt.

Der Demozug verlief durch die Ohrdruffer Innenstadt und wurde von vielen Augen am Straßenrand begleitet, die meisten Menschen nahmen die Flugblätter an. Am antifaschistischen Denkmal forderte Roland Hahnemann, Vorsitzender des VVN / BdA Thüringen, die Erinnerung an Zehntausende Zwangsarbeiter wach zu halten, die für die Kriegsziele der deutschen Industrie im Zweiten Weltkrieg schufteten. „Der Vernichtung menschlichen Lebens durch Arbeit, Terror und Krieg kann und darf auch im Nachhinein kein Sinn gegeben werden.“

Auch heute wird in Ohrdruf wieder scharf geübt für die Auslandseinsätze

der Bundeswehr und die künftigen Kriege, wie beim Kaiser, wo die Jugend für den Ersten Weltkrieg ausgebildet wurde, oder bei den Faschisten.

Auf dem Marktplatz vor dem Rathaus stellten die Young Socialists Gotha die rasante Militarisation der Jugend mittels Straßentheater dar: Es wurden fünf freiwillige Kinder und Jugendliche aus dem Publikum gesucht, die sich gegen Krieg und Militär und für eine friedliche Welt engagieren wollen. Für diese Ziele organisierten sie sich symbolisch in verschiedenen zivilen Hilfsorganisationen, wie THW und DRK, machten Zivildienst im Krankenhaus, waren Auszubildende oder wollten trotz Arbeitslosigkeit nicht zur Bundeswehr gehen.

Doch nacheinander bekamen alle von einem netten Jugendoffizier der Bundeswehr einen Helm aufgesetzt, da alle genannten Institutionen mittlerweile unter dem Kommando der Bundeswehr stehen.

Auch Kinder camps der Armee waren dargestellt, ebenso die Kooperation der Schulen, der Arbeitsämter, der Behörden mit dem deutschen Militär, um die Jugend für den Krieg im Ausland zu werben, oder sie mit Hilfe der Armee auch im Inland gegen ihre Eltern, Freunde und Arbeitskollegen für den Profit der deutschen Monopole in Stellung zu bringen. Am Ende des Spektakels wurde das Publikum aufgefordert, die Helme, welche der Jugend übergestülpt worden waren, wieder zu entfernen, und die zivilen Hilfsorganisationen und die Jugend aus dem Griff der Bundeswehr zu befreien.

Es bleibt zu sagen, dass diese Darstellung der Realität in Deutschland ein Erfolg war. Viele Erwachsene kannten die Fakten noch nicht, so dass wir Adressen zur weiteren Information austauschten, und wir werden viele von ihnen nicht erst beim nächsten Ostermarsch in Ohrdruf wiedersehen.

Peter

Ihr bekommt uns nicht in die Finger!

Die BRD plant wieder Krieg und braucht neuen Nachschub an Kanonenfutter

Ein Schüler berichtet:

„Es war Freitag und wir hatten Berufsschule. Im Keller der Schule war die Metallwerkstatt untergebracht. Mitten im Unterricht wurde an das Kellerfenster geklopft und gleich darauf sprangen zwei Bundeswehrsoldaten in Uniform durchs Fenster. Sie zogen ein Starkstromkabel hinter sich her. Dieses schlossen sie an und kletterten gleich wieder aus dem Fenster hinaus auf den Schulhof, auf dem ein Lkw gerade einen Container ablad, zu dem dieses Kabel führte. Nachdem die Bundeswehr den Container fertig aufgestellt hatte, fuhren sie wieder davon. Auf dem Container stand: *Entschieden gut. Gut entschieden. Bundeswehr: Karriere mit Zukunft.*“

Am nächsten Tag machte die Bundeswehr Werbung in den Pausen für den **totsicheren Beruf des Soldaten**.

Das ist nur ein Weg, um in Schulen, auf Messen, in Betrieben und auf öffentlichen Plätzen an Jugendliche heranzukommen. Auf ihrer Homepage schreiben sie: „*Ein rollendes Informationszentrum präsentiert zukünftig die Bundeswehr als Arbeitgeber. Karieretruck, Kinotruck, Kletterwand und Bühnentruck sollen die Jugendlichen überzeugen.*“ Die Jugendoffiziere (siehe Kasten) setzen bei der Rekrutierung besonders gerne auch technisches Großgerät wie Panzer oder Helikopter ein.



Kleinkind im Kampfhubschrauber der Bundeswehr

POL&IS

Das wichtigste „Instrument“ der Jugendoffiziere ist nach eigener Aussage „POL&IS“ – Politik und internationale Sicherheit; gespielt während der Schulzeit in Kasernen(!) – oder wie im Juli '08 bei uns in der Bremer Bürgerschaft.

Jeder der jugendlichen Teilnehmer wird zum Staatschef von einer der 11 „Regionen der Welt“. Sie lernen zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele auch brutale Maßnahmen einzusetzen – bis hin zum Einsatz von Atomwaffen. Ein Szenario lautet: *„Westeuropa und Japan stehen kurz vor dem Exodus“* - aus Mangel an Rohstoffen und Energie. Den Spielern soll dabei vermittelt werden, *„warum Staaten Konflikte austragen [und] warum Ressourcenknappheit einen Staat ruinieren kann“*.

Ein 17-jähriger Schüler aus Hamburg, der im Februar in der Bremer Scharnhorst-Kaserne unter Anleitung von Jugendoffizieren POL&IS spielte, beschrieb seine Rolle so: *„Ich bin Regierungschef von Asien. Asien hat eine sehr große Bevölkerung. Wir haben zurzeit Guerilla im Land und probieren, sie zu bekämpfen.“* (www.bvmg.de)

Jugendoffiziere

Die Einrichtung der Jugendoffiziere wurde vor 50 Jahren vom ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger gegründet. Dieser war ab 1940(!) Chef der „Operationsabteilung Heer“ des faschistischen Generalstabs. So führte er sämtliche Aggressionshandlungen und Kriegsverbrechen gegen die Völker dieser Welt als ein *„von Gott gesendete[r] Mann“*, wie Hitler ihn bereits 1923 nannte. Die Institution des Jugendoffiziers ist eine *„in Europa und der Welt einmalige Einrichtung der Armee“* (www.bvmg.de) und dient der Bundeswehr zur psychologischen Kriegsführung und zur Rekrutierung von jungem Kanonenfutter.

„Armee der Arbeitslosen“

Beklagte die „Berliner Zeitung“ im Mai 2000 noch die sinkenden Bewerberzahlen bei der Bundeswehr, so titelte sie bereits im Sommer 2006, die Bundeswehr werde zu einer *„Armee der Arbeitslosen“*. Jeder dritte einberufene Wehrpflichtige war zuvor arbeitslos.

Wir wissen, das Leben unter den Zwängen von Hartz IV ist unerträglich, ob es nun der Stallzwang für Jugendliche unter 25 Jahren ist (Jugendliche unter 25, die entweder selbst oder deren Eltern auf Hartz IV angewiesen sind, dürfen nicht von Zuhause ausziehen!) oder einfach das Geld fürs Kino und für die Schulbücher mal wieder nicht gereicht hat – So zog ich denn statt ins Kino in den Krieg!

Das ist keine Alternative!



Alternativer Arbeitsplatz?

In der ehemaligen DDR sind die Möglichkeiten sich ausbeuten zu lassen (also einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen) noch geringer und die Löhne liegen ebenso wie die sogenannten „Sozial“leistungen noch weiter unten als im Westen.

„Von den 6000 Soldaten im Ausland waren im vorigen Monat 31% Ossis. Bei den Mannschaftsdienstgraden – also ‚Schütze-Arsch‘ – waren es sogar 39%. Und wenn sie es schaffen, im Fähnrichrang mit Todesfolge zu verunfallen, dann gehören sie zu jenen 36% Ossis, die als Unteroffiziere dabei sind, bzw. waren. In den höheren Rängen sind sie selten.“ (Mathias Wedel, Neues Deutschland, 9. September 2008)

Der Anteil der Bürger der annektierten DDR an der Gesamtbevölkerung beträgt gerade mal 16-17%.

Minen suchen und Dörfer überfallen Die Kinder camps des Militärs

Nicht nur wir, auch unsere kleinen Geschwister stehen schon auf der Wunschliste des Militärs: Die Bundeswehr macht mit ihnen einen **Mordspaß** und „spielt“ Minensuchen und Dörfer überfallen. Es handelt sich um die „Ferienspaßaktion - Kinderbiwak“ der Reservistenkameradschaft Hude in Zusammenarbeit mit dem Schützenverein. Hier „spielten“ die Reservisten zusammen mit 51 **acht- bis zwölfjährigen Kindern**, unterstützt vom „Logistikbataillon 161“ Sanitätsausbildung, Zielschießen, Tarnen, Täuschen, Helfen im Feld, sowie Minensuchen.

Auf Protest einer pensionierten Lehrerin hin, welcher in der Presse als „lächerlich“ abgetan wurde, zitiert das „Delmenhorster Kreisblatt“ den Vorsitzenden der Reservisten, S. Albrecht: *„Viel mehr seien die Kinder vor möglicher Minengefahr in Urlaubsländern gewarnt worden“* („Reservisten im Kreuzfeuer der Kritik“, Delmenhorster Kurier, 06.09.08)

Die Militärseelsorge berichtet über eines ihrer jährlich stattfindenden Camps: Die Kinder „waren alle zum Frühstück putzmunter, um danach in drei Gruppen das Dorf Krempel zu überfallen. Hierbei mussten zahlreiche Aufgaben gelöst werden. Unter anderem waren für das Frühstück am Sonntag die Eier zu ‚besorgen‘[...] Die am Freitag selbst geschnitzten und geschliffenen Säbel waren pausenlos im Einsatz, mussten auch mal nach besonders schweren Kämpfen repariert werden.“ (Katholische Militärseelsorge, „40 kleine Piraten überfielen kleines Dorf im Norden“, Bremerhaven / Krempel, 17.08.2008) Albrecht: „Wir haben nichts anderes gemacht als das, was die Bundeswehr in Schulen macht: **Präventionsarbeit**“ (Delmenhorster Kurier)



Alternative Freizeitgestaltung im Kosovo: mit der deutschen Besatzarmee Sackhüpfen spielen

Dieses Papier legt die Pläne der Herrschenden mit ungewohnter Klarheit und Kürze offen. Hier ist die Rede von sogenannten „schwache[n] Staaten oder Räume[n] mit begrenzter oder fehlender Staatlichkeit“, welche jetzt die neue Bedrohungsquelle darstellen – also nicht mal der Terrorismus reicht hier mehr. Dazu, wo solche Staaten zu finden sind, heißt es: „Vordringlich muss deutsche Sicherheitspolitik gemeinsam mit unseren europäischen Partnern unsere Nachbarschaft stabilisieren.“ **Konkret ist dann vom Balkan die Rede, aber auch von den Ländern des kaukasischen, kaspischen und des zentralasiatischen Raumes sowie des Nahen und Mittleren Ostens.** Vom Beispiel Jugoslawien wissen wir, was mit schwachen Staaten gemeint ist: Staaten, die der Expansion des deutschen Kapitals im Weg stehen, weil sie zum Beispiel nicht bereit sind, ihm ihre Industrie und Infrastruktur zum Fraß vorzuwerfen. Wie die „Stabilisierung“ aussieht, haben wir 1999 gesehen, als mit Jugoslawien ein Land ökonomisch um 100 Jahre zurückgebombt wurde und nebenbei tausende seiner Menschen verloren hat. Was „Stabilisierung“ heißt, sehen wir aktuell in Afghanistan, wo das deutsche Militär mehr und mehr seine letzten Hemmungen ablegt, Zivilisten einschließlich Frauen und Kinder totzuschießen. Das Ende der Fahnenstange ist nicht erreicht: In dem Papier werden weiter namentlich genannt **Afrika, Asien, Lateinamerika**, wo angeblich „eine auf Regeln gegründete Ordnung“ fehlt und die „Demokratie konsolidiert“ werden muss, bis hin sogar zu **Israel und Palästina**.

Um dem Ganzen die sprichwörtliche Krone aufzusetzen, soll nun der von der reaktionären Adenauer-Regierung aufgebaute „Bundessicherheitsrat“ (der im Augenblick im Wesentlichen über den weltmeisterlichen Rüstungsexport wacht) zu einem „Nationalen Sicherheitsrat“ – sprich „**Kriegskabinett**“ umgebaut werden. Hier versammelt saßen dann die höchsten Vertreter der Regierung und des Militärs beisammen – nur die Wirtschaft fehlt noch, wie beklagt wird. Dieses ungewählte Gremium soll dann am Parlament vorbei alle wichtigen Entscheidungen treffen – auch die über **Krieg oder Frieden!**

Wir werden nicht das Kanonenfutter für die Herrschenden spielen, die nach weiteren Rohstoffen und billigen Arbeitskräften aus den überfallenen Ländern aus sind!

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!

Gegen den Notstand der Republik!

Wir kommen gerne zu euch in eure AGs, SV und Gruppentreffen. Oder kommt zu uns, um mehr zu erfahren und unseren gemeinsamen Kampf zu planen!

Wir treffen uns jeden Montag in den geraden Kalenderwochen um 17:30 Uhr in der Posenerstr. 55 (Gröpelingen, Endhaltestelle 2, 3, 10)



Freie Deutsche Jugend
Gruppe Bremen



Kontakt: Kattrin@FDJ.de • www.fdj.de

Das ist alles nichts Neues, das kommt nicht von ungefähr...

...das hatten wir schon einmal!

Nämlich 1931, als Regierung und Reichswehführung es darauf abgesehen hatten, Jugendliche stärker für ihre Kriegsvorbereitungen zu gewinnen. Der Chef der Wehrmachtsabteilung Ott beklagte sich darüber, wie ungenügend die Schüler in Preußen mit der Reichswehr verbunden seien. - Und das in einer Zeit, in der sie den zweiten imperialistischen Weltkrieg vorbereiteten, für den sie jeden Mann und jeden Jugendlichen als Kanonenfutter brauchten. So gingen Regierung und Reichswehführung dazu über, Schüler zum „solidarischen Denken“ zu erziehen, welches sie den Lehrern auf Lehrerseminaren einbläuten. Natürlich wurde auch das Lehrmaterial so gestaltet, dass für die Schüler Kriegshetze und Lügen über Menschen anderer Länder ganz normal wurde.

Und heute? Warum das ganze? Was soll das?

Die Bundeswehr ist in ihrer Geschichte von einer „Armee der Verteidigung“ über die „Armee der Einheit“ zur „Armee im Einsatz“ geworden (W. Hoppe, Landeskommandeur Bremen a.D.). Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder und besonders mit der Einverleibung der DDR hat der deutsche Imperialismus seine Fesseln abgestreift und führt wieder Krieg in aller Welt (s.u.) und plant heute die Zerschlagung des Völkerrechts – ein erster Schritt ist die im Augenblick in allen Medien so beschworene „Piratenjagd“ vor der Küste Somalias.

Außerdem soll die Bundeswehr in Zukunft im Inland eingesetzt werden - gegen UNS! Eine eindrucksvolle Demonstration, wie das dann aussehen könnte, gab sie beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, als Tornados auf 150m Höhe über die Demonstranten jagten, Panzer die Autobahnen überwachten und sie gleich ein ganzes Krankenhaus (in Bad Doberan) besetzt hielt.

„Gemeinsam mit den Reservisten der Bundeswehr stellen die Wehrpflichtigen ein Potenzial an qualifizierten Soldatinnen und Soldaten, die insbesondere im Heimatschutz wirken können und zudem **ihren Kameradinnen und Kameraden im Auslandseinsatz den Rücken freihalten**.“ Diese Zeilen stammen aus der von Regierung und Militär ausgearbeiteten „Sicherheitsstrategie für Deutschland“, die pünktlich am Vorabend des 63. Jahrestages unserer Befreiung vom Faschismus von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion veröffentlicht wurde.

1. Mai – dieses Jahr erst recht!

Wie jedes Jahr wird zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, aufgerufen, auf die Straße zu gehen. Dieses Jahr sind wir jedoch in einer anderen Situation. Viele sind versunken in den Einzelkämpfen ihrer Betriebe. Die Krise ist aber viel tiefgreifender und bedroht nicht nur unsere Arbeitsplätze. Die Überproduktion sorgt dafür, dass Werte wie Nahrungsmittel ins Meer geworfen werden, während Millionen Menschen verhungern. Und die Weltwirtschaftskrise von 1929 wurde mit Krieg gelöst, der größten Vernichtung überhaupt.

Für ein menschengerechtes Leben sollten wir also auf die Straße, gehen um zu zeigen, dass wir nicht bereit, sind für den Systemfehler Krise zu zahlen.

Und weil den Unterdrückern klar ist, dass es in der Bevölkerung rumort, sorgen sie schon jetzt vor. Es werden Gesetze eingebracht, die die Gesinnung selbst unter Strafe stellen. Das Militär wird in Stellung gebracht gegen die Werk tätigen, und die neuen Versammlungsgesetze der einzelnen Bundesländer setzen die freie Meinungsäußerung der Willkür aus.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Belegschaften und die Einzelgewerkschaften gemeinsam an einem Strang ziehen. Nur wenn wir geschlossen dastehen und uns nicht in Konkurrenz untereinander treiben lassen, können wir die Angriffe der Arbeitgeber abwehren. Wir müssen uns vorbereiten auf harte Auseinandersetzungen, bei denen wir nur organisiert eine Chance haben, über den Werkszaun hinweg. Und dazu ist der 1. Mai ein guter Auftakt!

Also raus aus den Federn und das Feld weder den rechten Rattenfängern überlassen, noch den Wahlkämpfern.

Susann

Auszüge aus dem Flyer der DGB Jugend Bremen

Zur Geschichte des 1. Mai



1. MAI 2009 Kampftag oder Feiertag?

Kleine Geschichte des 1. Mai
oder warum es sich lohnt,
am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Denkst Du vielleicht, der 1. Mai ist ein gewöhnlicher Feiertag an dem Du ausschlafen kannst?

Glaubst Du es ist unerheblich, dass gerade Du demonstrieren gehst? Dann täuscht Du dich! Aber warum? Um diese Frage zu beantworten, lies einfach weiter!

Woher kommt der 1. Mai

Jährlich am 1. Mai wurden in den USA von den Unternehmen neue Verträge geschlossen. Am gleichen Tag handelten auch die Arbeiter ihre Arbeitsbedingungen aus. Die Forderung nach dem 8 Stunden Tag sollte in die Verträge aufgenommen werden und am 1. Mai 1886 traten 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben in den Streik. In Chicago endete der Tag mit mehreren Toten und dem Todesurteil für 4 Arbeiterführer, denen ein Bombenanschlag angehängt wurde.

Zum 100. Jahrestag auf den Sturm der Bastille trafen sich 400 Delegierte aus Gewerkschaften und sozialistischen Parteien in Paris zu einem internationalen Kongress. Von dort ging der Impuls aus, einen internationalen Arbeiterkampftag am 1. Mai 1890 zu organisieren.



Aus der Satirezeitschrift "Der wahre Jacob"

Ein Arbeiter erzählt

Deutschland, 1. Mai 1933

Verhaftungen, Verhöre, Konzentrationslager von M. Meißner

„Stuttgart. – Ich bin ein Arbeiterjunge. Schon als Kind erlebte ich, was es heißt, zu den unteren Volksschichten zu gehören. Mein Vater war Fabrikarbeiter, Gewerkschaftsfunktionär und Sozialist. Sein Vater war Tagelöhner gewesen. Schmalhans war oft bei uns Küchenmeister. Meine Mutter trug täglich Zeitungen aus. Wir waren daheim fünf Kinder, Arbeiterkinder. Man nannte uns die „Roten“ im Ort.

Am 31. Juli 1932 fanden Reichstagswahlen statt. Das Ergebnis war ein Erfolg der Nazis. Mir selbst sind diese Wahlen noch in bester Erinnerung, denn ich bekam den Auftrag und einen Stoß Wahlzettel der Nazis vom Zei-

tungsverleger und sollte diese Wahlzettel zugleich mit den Zeitungen verteilen. Ich war ein politischer Junge und tat es nicht. Ich warf alle Wahlzettel bei passender Gelegenheit in einen Graben, wo sie munter davonschwammen. Der Erfolg war eine „Naziohrfeige“ am Abend, als mein Werk ruchbar wurde. Ja, diese Ohrfeige eines „Braunen“ hat meine ganze Einstellung zu den Nazis in all den Jahren der braunen Herrschaft wachgehalten.

1. Mai 1933. Mein Vater war erst spät in der Nacht heimgekommen. Im Gespräch mit meiner Mutter erfuhr ich, dass eine illegale Zusammenkunft in Torgau stattgefunden hatte. ==>

1914

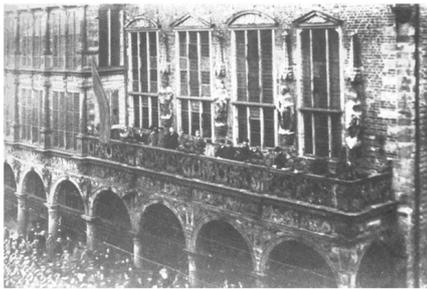
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

SPD Mafestzeitung

1918

Räterepublik

Nachdem am 6.11. die Kieler Matrosen aufstanden, breiteten sich Arbeiter- und Soldatenräte über das ganze Land aus. Städte wie München, aber auch Bremen wurden zu Räterepubliken, welche von Reichswehr und Freicorps niedergeschlagen wurden. In der Folge wurde 1919 der 1. Mai kurzzeitig zum Feiertag.



Die Räteregierung hisst die rote Fahne vom Bremer Rathaus

1929

Blutmai

In vielen Städten gingen die Arbeiter trotz Verbots friedlich auf die Straße, in Berlin sogar 20.000. Abends gab es 31 Tote, der Belagerungszustand war ausgerufen, die Barrikaden brannten und 1200 waren verhaftet. Am nächsten Tag antworteten Arbeiter von Chemnitz bis Hamburg mit Massenstreiks.



In Bremen wurde das Gewerkschaftshaus bereits am 16. April 1933 besetzt

1933

Zerschlagung der Gewerkschaften

44% der Gewerkschaftsmitglieder waren arbeitslos. Reichspropagandaminister Goebbels notierte Mitte April: "Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt." Genauso geschah es: SS- & SA-Truppen besetzten die Gewerkschaftshäuser, und viele Gewerkschafter landeten in den Konzentrationslagern. Von nun an instrumentalisierten die Nazis den 1. Mai als "Feiertag der nationalen Arbeit". Doch war dieser Tag während der 12 Jahre des Nationalsozialismus auch immer ein Tag des Widerstandes.

1945

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Schon wenige Tage vor der endgültigen Befreiung Deutschlands vom Faschismus am 08. Mai 1945 fanden öffentliche 1. Mai Kundgebungen statt. So z.B. im Konzentrationslager Buchenwald, dessen Häftlinge sich kurze Zeit zuvor selbst befreit hatten.

Es wurde sofort damit begonnen wieder Gewerkschaften aufzubauen. Aus den bitteren Erfahrungen mit der zersplitterten Gewerkschaftsbewegung von vor 1933, zog man die Lehre und gründete Einheitsgewerkschaften, in denen sich über berufliche und politische Unterschiede hinweg Arbeiter und Angestellte zusammen schlossen. In Bremen nahmen 1946 bereits 20.000 Menschen an der 1. Mai Demonstration teil.

Ein Zeitzeuge berichtet:

"Und hier standen wir nun heute am Morgen des 1. Mai, dem Tage der Freiheit, als Angehörige aus mehr denn achtzehn Nationen, ergriffen von der Bedeutung dieses Tages, der uns entschlossen fand, ihn als Zeichen internationaler Solidarität vor aller Welt zu bekennen und würdig und schlicht zu begehen als Auftakt einer neuen Zeit."



die 50er

Nie woll'n wir Waffen tragen!

Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik rief in den Gewerkschaften scharfen Protest hervor. Junge und ältere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wehrten sich gegen eine neue Militarisierung der BRD. Die Regierung beantwortete die breiten Proteste mit Polizeieinsätzen und Gefängnisstrafen. Organisationen wie die FDJ, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und die KPD wurden verboten und die Bundeswehr gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung aufgebaut. So kam es vor, dass Kollegen, die wenige Jahre zuvor in den Konzentrationslagern der Nazis überlebt hatten, sich in den Gefängnissen der jungen BRD wieder fanden.



1. Mai 1952 in Kassel

Aus dem Mai-Aufruf des DGB 1950:

"Die Gegner der Gewerkschaften sind nicht davor zurück geschreckt, die Kämpfer für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager zu werfen und sie sogar ihres Lebens zu berauben. Unter unsäglichen Opfern musste der Reaktion in Wirtschaft und Staat der bisher erzielte Fortschritt abgerungen und mehr als einmal verteidigt werden."

Die Lage der Gewerkschaften war sehr ernst. Man munkelte vom Verbot der freien Gewerkschaften. Verhaftungen waren an der Tagesordnung. Hausdurchsuchungen fanden statt. Auch bei uns daheim. Meine Mutter weinte bitterlich.

Vater wurde verhaftet und nach Lichtenburg in „Schutzhaft“ gebracht. Man hatte im Hause „Propagandamaterial“ und Bücher von Lassalle, Marx und den „Vorwärts“ gefunden. Die Einstellung unserer Familie war ortsbekannt. Verhaftung und „Nationaler Feiertag“ – an einem Tag. Mit Marschmusik zogen die Braunen durch unsere Straße.

Trotzig stand ich vor dem Hause, als der Zug vorbeikam, und schrie meine ganze Angst und Wut den Braunen ins Gesicht: „Nieder mit Hitler! Ihr habt meinen Vater verhaftet! Nieder mit Hitler!“ Die Tränen rollten über mein Gesicht. Sie prägeln mich windelweich.

Als dreizehnjähriges Bürschlein hatte ich noch den Mut, in kindlicher Angst und Verzweiflung auf die „Straße zu gehen“. In der Schule hatte ich nichts mehr zu lachen. Wir hatten daheim überhaupt nichts mehr zu lachen. Meine Mutter war der Verzweiflung nahe. Politische Freunde unseres Vaters unterstützten uns heimlich.

Am anderen Tag, es war Dienstag, der 2. Mai 1933, kam ich beim Austragen der Zeitungen am Gewerkschaftshaus vorbei. Eine Menschenmenge säumte die Straße. Das Gewerkschaftshaus war von Polizei und SA-Männern umstellt. Die Überschrift meiner Zeitungen gab mir Klarheit über dieses Aufgebot: „Gewerkschaften aufgelöst!“ – „Aktion gegen die Gewerkschaften!“ – „Die Arbeitsfront übernimmt die Gewerkschaften!“

Es spielten sich entsetzliche Szenen vor dem Hause ab. Ein Freund meines

Vaters, der Gewerkschaftssekretär Wilhelm Bohnen, den ich gut kannte, wurde mit Gummiknüppeln blutig zusammengeschlagen, als er verächtlich vor den „Braunen“ ausspuckte. Mehreren mir unbekanntem Angestellten ging es ebenso.

Alle, die sich gegenüber dem Regime verächtlich benahmen, wurden in einem Lastwagen unter Polizei- und SA-Bewachung in das Schutzhaftlager Lichtenburg gefahren, wo auch mein Vater war. Lichtenburg war mit das erste KZ in Mitteldeutschland. Es lag in Prettin/Elbe und war ein ehemaliges Schloss. Von hier kamen die Häftlinge später auch nach Buchenwald und Oranienburg."

Text aus dem Buch:
Illustrierte Geschichte des 1. Mai
Udo Achten, Asso Verlag Althoff, 1979

Fortsetzung von S. 28/29 Zur Geschichte des 1. Mai

die 60er

In Frieden arbeiten, in Freiheit leben!

Mit der Einführung von Notstandsgesetzen startete die Regierung um Kanzler Adenauer einen Generalangriff auf die junge Demokratie. Im Notstand sollte es wieder möglich sein, das Parlament aufzulösen, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, Menschen zu jeglicher Arbeit zu verpflichten und Grundrechte, wie z.B. das Post- und Telekommunikationsgeheimnis einzuschränken. Heute wieder hoch aktuell, da all dies auch in Friedenszeiten möglich sein soll oder bereits ist.



Die Gewerkschaften beteiligten sich damals an den Protesten und nutzten auch die 1. Mai Demonstrationen um gegen diesen "Notstand der Demokratie" auf die Straße zu gehen. Dennoch wurden 1968 die Notstandsgesetze beschlossen, die bis heute gelten.

die 70er & 80er

Demokratie darf vor dem Werkstor nicht Halt machen!

In diesen Jahren erzielten wir, die Gewerkschaftsmitglieder, viele Erfolge!

Das Gesetz zur Mitbestimmung wurde verabschiedet. Vertretungsgremien für Arbeitnehmerinteressen wurden in Unternehmen etabliert.

Die Kampagne für die 35 - Stunden - Woche wurde ins Leben gerufen und einige Jahre später erfolgreich in vielen Bereichen eingeführt. In dieser Zeit wurde das Thema "Jugendarbeitslosigkeit" auf die Agenda gesetzt.

Bis zum heutigen Tag ist dieser Bereich ein elementarer Teil gewerkschaftlicher Arbeit.

Regelmäßig zu den 1. Mai Feierlichkeiten wird dieses Thema, insbesondere durch die Jugendorganisationen der Gewerkschaften, eingebracht.



die 90er

100 Jahre 1. Mai

Weltweit wird der 100. Geburtstag des 1. Mai gefeiert. Der DGB veranstaltete die erste Mai-Kundgebung nach dem Mauerfall vor dem Reichstag. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR wurde aufgelöst und der DGB begann mit dem Aufbau von seinen Strukturen in der ehemaligen DDR.

Kanzler Helmut Kohl versprach die Entstehung von "blühenden Landschaften" in den neuen Bundesländern. Wie sich bald zeigte war der Gang zum Arbeitsamt das einzige, was vielen Ostdeutschen blühte.

Die ersten Kriegseinsätze der Bundeswehr und ein ungeheurer Abbau des Sozialstaates bestimmten die folgenden Jahre.



Nationalistische bis neofaschistische Gruppen versuchen auf den Zug der 1. Mai Tradition aufzuspringen und diesen als "nationalen Tag der Arbeit" zu mißbrauchen. Sie werden keinen Erfolg damit haben. Niemals!

Dieser Appellplatz, auf dem wir die ganzen Jahre hindurch Tag für Tag unter der Knute der SS antreten und manche Nacht hindurch stehen mussten, wenn es einem der sadistischen SS-Banditen so gefiel, ganz gleich, ob dabei mehr oder weniger Kameraden zusammenbrachen, sah uns heute als befreite Menschen sich für einen Freiheitskundgebung formieren. Dieser Appellplatz, könnte er reden, würde allein ein Buch füllen über das unermessliche Leid, dass hier im Laufe der vielen Jahre über Hunderttausende von Menschen hereingebrochen war. Würde er jedes einzelnen Schmerz erzählen können, es gäbe ein Meer von Tränen, eine Welt voll Weh.

Und hier standen wir nun heute am Morgen des 1. Mai, dem Tag der Freiheit, als Angehörige der mehr als achtzehn Nationen, ergriffen von der Bedeutung dieses Tages, der uns entschlossen fand, ihn als Zeichen internationaler Solidarität vor aller Welt zu bekennen und würdig und schlicht zu begehen als Auftakt einer neuen Zeit.

Ein langer Zug wieder genesender jugendlicher Juden näherte sich aus Richtung der ehemaligen SS-Kasernen, die jetzt als Kranken-Unterkunft dienten.

Es waren darunter Kinder von zehn bis vierzehn Jahren. Auf dem Transparent, das sie trugen, waren die Gaskammern von Auschwitz, über denen der Tod die Sense schwang, abgebildet, worunter die Worte standen: „Vergesst die Gaskammern, die Millionen Toten von Auschwitz nicht!“

Ein jeder von uns erlebte wohl in dieser Stunde in der Erinnerung noch einmal das Furchtbare und Grausame der Vergangenheit. Als dann die Lagerkapelle das weltbekannte Freiheitslied der unterdrückten Massen intonierte: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit ...“ sah ich bei manchen alten, durch Not und Tod gegangenen und von unsäglichem Leid hart gewordenen Konzentrationär Tränen in den Augen. Tränen der Freude. Tränen der Dankbarkeit dem Schicksal gegenüber, das ihn diesen Tag erleben ließ.“

Text aus dem Buch:

Illustrierte Geschichte des 1. Mai
Udo Achten, Asso Verlag Althoff, 1979

Der 1. Mai 1945

Im selbstbefreiten KZ Buchenwald

Ein Häftling erzählt

„Heute war also der 1. Mai. Ich musste daran denken, wie die Nazis den Werk-tätigen diesen Feiertag gestohlen hatten und ihn aus rein psychologischen Gründen zum Nationalfeiertag stem-pelten.

Aus nächster Nähe ertönte Musik. Es war die Lagerkapelle, die Freiheitslieder spielend, durch das Lager mar-schierte.

Um acht Uhr begann der große Aufmarsch. Die einzelnen Nationen formierten sich vor ihren Unterkünften

und marschierten, an der Spitze ihres Zuges die Fahne in ihren Landesfarben, dem Appellplatz zu.

Wir trugen unseren Zügen weit aus-gespannte rote Transparente voran mit den Parolen des zukünftigen Kamp-fes, die alle den gleichen Sinn hatten, und der lautet: „Was die Naziverbre-cher vernichtet haben, das werden wir aufbauen!“

Alle Gesichter spiegelten den Ernst und die Würde des heutigen Tages wieder.

Ankündigung:**21. Antifa-Camp****In Weimar / Buchenwald****25.07.09 - 1.08.09**

Vertreter der FDJ nehmen regelmäßig an den Vorbereitungstreffen teil und werben seit Jahren junge Antifaschisten, in dieses Camp zu fahren. Es gibt viel zu tun! Zum Beispiel:

- praktische Tätigkeiten zur Pflege, Erhaltung und Ausgrabungen auf der Gedenkstätte des KZ Buchenwald und seinen Außenbereichen (Steinbruch, Pferdestall, Kleines Lager, Krankenbaracke, Bahndamm und weitere)
- Zeitzeugengespräche
- Aufklärung über Faschisten heute und gestern
- Antifaschistische Konzerte
- öffentliche Lesungen auf dem Theaterplatz
- Vorträge
- actionday

Auf dem Campgelände ist alles selbstverwaltet, z. B.:

die Volkküche, die Pressegruppe mit der täglich erscheinenden Camp-Zeitung, die Kneipe.

Ihr seid gefragt, in dieser Woche mit den Teilnehmern eigene spontane Aktionen zu planen und durchzuführen.

Die Teilnahme ist auch tageweise möglich.

Ihr braucht Zelt, Schlafsack, Geschirr, gute Laune und Tatendrang.

Was auf dem Camp passiert, bestimmen alle Teilnehmer auf dem Plenum, das einmal täglich stattfindet.

Mehr Infos, Neuigkeiten und Eindrücke aus den letzten Jahren:

www.buchenwald-camp.antifa.de

www.fdj.de

Ma, Ti

8. Mai: Tag der Befreiung



Originalplakat: 1941, Sowjetunion, Plakatautor: Kukryniksy

Jedes Jahr

sei erinnert an die Befreiung vom Hitler- Faschismus

Б e p a u n

»Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER« zum **8. Mai 2009**

VERANSTALTUNG

Mit **Pierre Pranchère**

von der Resistance gegen Hitlerdeutschland
und dem Krisenstück „Neues aus Mahagonny“

Am 10. Mai um 11 Uhr in Nürnberg

Veranstaltungsort: **südpunkt** Pillenreuther Straße 147 · U1, Straßenbahn 8 (Frankenstr.) · Eintritt: 8,-/4,- (ermäßig), Kartenreservierung Tel. 0911/267878

Aktionsbüro »Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER«

Karl-Liebknecht-Haus · Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin · Tel.: 030-24009505 · email: aktionsbuero@HimmelscheVier.de · www.HimmelscheVier.de
Spendenkonto: C. Waldenberger · Frankfurter Sparkasse · Konto-Nr. 1253733021 · BLZ 500 50201 · Stichwort: Himmelsche Vier
Für Veranstaltungsort Nürnberg: „Himmelsche“ Vier e-mail: himmelsche-vier-nbg@freenet.de, Tel. 0911/267878
Die Veranstaltung wird unterstützt von: Ensemble Roter Pfeifer und Brecht-Jugendprojekt Bienen

Impressum

Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend.

Herausgeber ist der FDJ Zentralrat. Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage.

Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber: FDJ Zentralrat; E.i.S

Tel./Fax: 030-24 00 92 11,

V.i.S.d.P.: Ríngo Ehlert, c/o FDJ Zentralrat Karl Liebknecht Haus, Weydingerstr 14-16, 10178 Berlin

e-Mail: Fanfare@FDJ.de,

Internet: www.FDJ.de

Spendenkonto: Inhaber: FDJ

Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, Konto Nr.: 55 83 82 20 05

„Lied.Gut.“: Vor Dummheit geschützt?

Bis gestern hatte ich vom „Panzerlied“ des gefeierten NS-Dichters Kurt Wiele noch nichts gehört. Dazu brauchte es den Abgeordneten Stephan Braun (SPD), dem der eigenartige Text im „Lied.Gut.“ der CDU aufgefallen war.

Aus zahlreichen Zuschriften erfahre ich nun, dass dieses Lied nun wirklich jeder halbwegs gebildete Mensch kennen und lieben müsste.

Es sei sogar ein internationaler Hit, der reinste Exportschlager, und es sei eine Obergaudi, wenn man es gemeinsam mit Amerikanern und Engländern singe, natürlich auf Deutsch.

Deutsches Original

Es steht an der Ostsee die eiserne Schar, die Kämpfer für Freiheit aus Judengefahr.

Das Hakenkreuz es wehet, es weht bei Tag und Nacht, der Kampf rufer erschallet: Großdeutschland erwacht.

Nun, ich hatte da wohl eine bedenkliche Bildungslücke und versuche die nun zu korrigieren.

Was ich dabei herausfand, macht mir das Lied aber auch nicht sympathischer und auch nicht die

Herausgeber der für Frohsinn und Geselligkeit stehenden Sammlung mit „Volksliedern und Schlagern für fröhliche Stunden“.

Vielleicht passt es einfach zu gut

zu Oettingers politischem Ziehvater Filbinger, der sagte, zu den von ihm verhängten (als Richter) oder durchgesetzten (als Staatsanwalt) NS-Todesurteilen: „Was damals (in der NS-Zeit)

Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. Oder was damals gerne gesungen wurde, kann doch heute keine Schande sein.“

Was reimt sich auf „Judengefahr?“

Wer nun immer noch nicht ins neu-rechte Grölen einstimmen will, kann sich noch etwas weiter bilden. Aber Vorsicht, es kommt noch schlimmer, denn wie ich höre, wird die Melodie des Panzerliedes nur irrtümlicherweise auf die Melodie eines alten Seemannsliedes zurückgeführt.

Bundesdeutscher Text

Ob's stürmt oder schneit, ob die Sonne uns lacht, Der Tag glühend heiß, oder eiskalt die Nacht. Bestaubt sind die Gesichter, doch froh ist unser Sinn, Ja unser Sinn; Es braust unser Panzer im Sturmwind dahin.

Tatsächlich jedoch wurde das Panzerlied aufgrund der Melodie eines SS-Liedes „Es steht an der Grenze die eiserne Schar zum Kampfe in die Freiheit gegen Judengefahr“ komponiert.

Das Panzerlied befindet sich auch heute noch in den Liederbüchern der Bundeswehr, was die Sache nicht besser oder harmloser macht, wie manche der Zuschriften meinen.

David Gall, www.hagalil.com

Jeder siebte Jugendliche in Deutschland: Sehr ausländerfeindlich

Nach einer bundesweiten Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsens, das im Auftrag des Bundesinnenministeriums 45 000 Neuntklässler befragte, sind 4,9 Prozent der 15-jährigen Jungen und 2,6 Prozent der gleichaltrigen Mädchen Mitglied einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft. Das ist mehr als in allen politischen Jugendorganisationen zusammen.

Erstaunt hatte die Studienmacher, dass sich im Gegensatz zu anderen Studien der letzten Jahre die ostdeutschen Jugendlichen in punkto Ausländerfeindlichkeit gar nicht so sehr von den westdeutschen Jugendlichen unterscheiden. (Wobei den Norddeutschen noch wirklich die geringsten recht-

sextremen Tendenzen zugute gehalten werden müssen.)

Gut? Nein! Es haben zwar 40,1% der ostdeutschen Jugendlichen eine eher ausländerfeindliche Einstellung, im Gegensatz zu West- und Süddeutschland, wo es 43,6% und 41,1% waren. Aber speiübel wird einem trotzdem dabei. Zumal 17,7% der ostdeutschen Jugendlichen antisemitisch sind, weitaus mehr als in allen anderen Gebieten.

4,4% der ost-, west- und süddeutschen Jugendlichen hat schon mal eine rechtsextremistische Straftat begangen, dazu zählen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beschädigung eines von Ausländern bewohnten Hauses.

Beim Aufsplitten der Ergebnisse nach

Landkreisen, die leider anonym bleiben, zeigen sich die größten Unterschiede zwischen den ostdeutschen Landkreisen. Während im gesamten früheren Bundesgebiet immer ein Bodensatz von 2,3% bis 15,2% rechtsextremen Jugendlichen bleibt, gibt es Landkreise in der ehemaligen DDR mit keinem einzigen (0%) und bis zu 17,4% an Nazis. Gibt es dazu noch was zu sagen? Es bleibt sehr viel zu tun für uns!

Anita



Nie wieder Faschismus Nie wieder Krieg

Diese Losung trugen Jugendfreunde der FDJ aus der ganzen BRD auf einer Demonstration gegen den größten Naziaufmarsch der BRD am 14. Februar 09 in Dresden. Seit mehr als 10 Jahren missbrauchen die Faschisten von JLO und NPD den Jahrestag der Bombardierung durch die alliierten Piloten aus Großbritannien und den USA zu einem Aufmarsch, bei dem der Befreiungskampf der Völker gegen den Faschismus als hinterhältiger völkerrechtswidriger Angriff dargestellt wird. Gegen den Aufmarsch hat sich ein breites Bündnis fortschrittlicher Gruppen gegründet, die aus der Demonstration heraus versuchen wollten, den Nazimarsch

zu blockieren. Das zweite Transparent der FDJ „Dank Euch Ihr Soldaten der Antihitler-Koalition, Deutsche Täter sind keine Opfer“ griff diesen Dresdner Opfermythos klar und deutlich an.

Die Polizei ließ keinen Zweifel daran, dass unsere Demonstration nicht willkommen war, mit übertriebener Gewalt griff die Polizei schon vor dem Beginn der Demonstration die Teilnehmer an. Mit deutlicher Verspätung demonstrierten wir von der Neustädter

auf die Altstädter Seite Dresdens. Die Nazidemo sollte mit allen Mitteln abgesichert werden, das Blockadekonzept unserer Demonstration scheiterte an der Polizei, die weiterhin Gewalt ausübte.

Trotzdem war die Demo nicht gescheitert, in Redebeiträgen wurde der Geschichtsrevisionismus, der mittlerweile auch in den bürgerlichen Kreisen Dresdens verbreitet ist, angegriffen und scharf kritisiert. Die politische Arbeit um den 14. Februar in Dresden muss über die reine Blockade der Nazidemos hinaus geführt werden, dazu ist es erforderlich, dass auch nächstes Jahr Jugendfreunde ein Zeichen gegen den Geschichtsrevisionismus und Opfermythos von Dresden setzen.

Auf dem Rückweg von einer antifaschistischen Demonstration wurden Gewerkschafter aus Hessen von Faschisten der „freien Kräfte“ angegriffen und einer von ihnen schwer verletzt. Ein weiterer Grund für uns, gegen die Nazis zu kämpfen. „Keinen Fußbreit den Faschisten!“

Thomas



Augenzeugenbericht

Zur Zusammenarbeit zwischen Faschisten und deutscher Bundespolizei im Zuge des Naziaufmarsches in Dresden am 13. Februar

"Wir wohnen in einer Nebenstraße der heutigen Nazi-Route und wollten eigentlich als Familie diesen braunen Knallköpfen unsere Ablehnung kundtun. Meine Kinder hatten sogar ein kleines Anti-Nazi-Transparent gemalt. Als wir aber an die Demostrecke kamen, trauten wir unseren Augen kaum! Der Naziumzug war fast völlig unbewacht unterwegs! Vorne fuhr ein paar Polizeiwagen welche die Straßen absperren und vielleicht 200 Beamte begleiteten die Spitze des Aufmarsches. Dahinter war bis zum Schluß der Demo von Polizei praktisch nichts mehr zu sehen.

Wir standen nur ein paar Meter entfernt ziemlich baff am Straßenrand und waren einfach nur still. Wir hat-

ten schiere Angst uns gegen die Nazis zu äußern, weil nichts und niemand zwischen uns und ihrer latenten Gewaltdrohung stand. Auch unsere Kinder haben den Ernst der Lage begriffen und spürten unsere Verunsicherung.

Die Nazis zogen ca. 15-20 Minuten lang unmittelbar an uns vorbei und fast kein Polizist war zu sehen. Hätten sie jemanden angreifen wollen, so hätte absolut niemand sie daran hindern können. Erst ganz am Ende des Zuges begleiteten wieder Polizisten die Demo. Ganze Marschblöcke der Nazis waren bis auf die Augen völlig verumumt ohne daß es die Polizei irgendwie gekümmert hätte. Ein Beamter, den wir ansprachen, zuckte nur mit den Schultern und meint: "Tja, was soll ich da machen?"

Mehrere andere Leute standen ebenfalls einfach nur eingeschüchtert am Rand der Demo und trauten sich, genau wie wir, nicht, den Nazis die Meinung zu sagen. Es herrschte blanke Fassungslosigkeit!

Wie soll es denn bitte jemand wagen, die Stimme gegen Nazis zu erheben, wenn er deren Rache praktisch hilflos und unmittelbar ausgeliefert ist? Zivilcourage schön und gut, aber in diesem Fall wäre das wohl auf Selbstmord hinausgelaufen.

Sollte diese Polizeistrategie tatsächlich vorsätzlich gewählt worden sein, so kann man das nur noch als menschenverachtenden Zynismus bezeichnen.

So kann man auch für "Ruhe und Ordnung" sorgen. Wenn niemand sich mehr trauen kann den Mund aufzumachen, wirkt nach außen hin alles so schön harmonisch und friedlich. Frei nach dem Motto: Keine Proteste, keine Probleme!

Die Dresdener Polizei stand heute offen auf Seiten der Nazis. - Es ist beängstigend!"

Bericht auf Indymedia

Die Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus für DDR-Hetze

Flugblatt anlässlich der Veranstaltungsreihe „Stalin hat uns das Herz gebrochen – Jüdische Kommunist_innen in der DDR“

Wenn einem Kommunisten das Herz bricht, dann bringt er sich um wie Wladimir Majakowski, schreibt noch bessere Liebesgedichte wie Peter Hacks oder steigert sich in seine marxistischen Hausaufgaben und seine Agitation wie vielleicht am ehesten N. Ostrowskijs Held Pawel Kortschagin.

ODER? Es geht auch anders: So ein Kommunist kann sich auch einfach bequem in dem Land einrichten, das als selbsternannter Rechtsnachfolger des 3. Reiches, mithin als Staat der Weltkriegs-Anstifter und Holocaust-Exekutoren, seine Einzigartigkeit immer wieder gern und machtvoll demonstrierte, zuletzt mit einer erheblichen, für die Zeit um 1990 einzigartigen (indes an 1938-39 gemahnenden) Gebietserweiterung, die die Geschichtswissenschaft „Annexion der DDR“ zu nennen noch zurückschaut. Dieses Land namens Deutschland, um nicht zu sagen, die Bundesrepublik Deutschland, kann allerlei kommunistische Veteranen allerbestens gebrauchen, ganz besonders, wenn sie eine jüdische Identität vorzuweisen haben, WENN sie denn alle nur so effektiv wie möglich dem Bolschewismus abschwören, ihre dummen Jugendideale in aller Öffentlichkeit ablegen und bekennen, was deutsche „Historiker“ von Ernst Nolte bis Karl Wand schon immer wußten: daß Stalin der eigentliche Hitler, Stalinismus der eigentliche Faschismus, Sowjetkommunismus ein einziges antisemitisches Riesengulag und Deutschland das ewigste Opfer der Weltgeschichte ist.

„Wichtig ist für Deutschland und die Welt ein Denkmal von Stauffenberg. Wäre Hitler durch seine Bombe umgekommen, er hätte nicht nur Deutschland von den Nazis, sondern auch Auschwitz von den Sowjets befreit.“ Karl Wand, BRD-Botschafter a.D., Stockholm, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.2009

Die Firma Deutschland dankt all jenen herzlich, die dem deutschen Geschichtsrevisionismus die letzten Wege bahnen, die die jüdische Identität vollpachten, um das Judentum frontal gegen die DDR in Stellung zu bringen, die, kaum dem alten Vorwurf entronnen, jüdische Bolschewisten zu sein, nun dem Vorwurf, Bolschewisten gewesen zu sein, nicht länger standhalten. Sie ziehen ihren Hut vor Deutschland, das ihnen zu verstehen gibt, daß es sie – momentan – gut gebrauchen kann: gegen die DDR! Es gibt wieder Arbeit! Die Einfalt der Instrumentalisierten kaschiert dabei schwerlich ihre Instrumentalisiertheit, und der nützlichste Idiot wird wie der treueste Hund merken, daß es grundschlechte Herren gibt, die ihr Herrschaftswissen zu tradieren verstehen und daher eines historischen (nicht mythischen!) Tages WIEDER ihr wahres Gesicht, ihr Innerstes, ihr historisches deutsches Wesen zeigen werden: im mit diesem Deutschland unausbleiblichen Krieg, in dem spätestens auch sie bestenfalls sehr vergessen, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber einfach tot sein werden.

WAS den Juden und der Welt das Herz gebrochen hat, benennt zumindest die US-amerikanische Historiographie seit den 70er Jahren sehr deutlich: der Holocaust. Die bundesdeutsche Übertragung des Begriffs „Holocaust“ jedoch lautet schwammigerweise etwa: „Das, wo die Juden von allen möglichen Sozialisten, zum Beispiel den sowjetischen, vernichtet wurden“.

Im geschäftigen Rauschen des bundesdeutschen Blätterwaldes und Vereinswesens über „Antisemitismus in der DDR“ und im Knistern der professoralen Hirnanstrengungen, den Antisemitismus auf alle Welt zu projizieren, um ihn bloß von Deutschland wegzuwaschen, weist die FDJ Berlin hiermit bescheiden, aber selbstsicher auf einige geschichtliche „Lappalien“ hin.

Wenn Juden „das Herz gebrochen ist“, dann wahrscheinlich, weil sie von deutschen SA-Horden pogromiert, von deutschen Wehrmachtssoldaten eingepfercht und erschossen oder von deutschen SS-Einheiten systematisch vergast wurden. Wenn jedoch Juden als vollwertige Bürger und Genossen sozialistischer Länder Parteiverfahren unterzogen oder als Zionisten politisch geächtet wurden, dann nicht aus einem dem Sozialismus newohnenden Antisemitismus heraus, weder einem eliminatorischen, wie aktuelle geschichtsrevisionistische Machwerke indifferent andeuten, noch einem politischen oder „Nationalen Antisemitismus“, wie ihn Referent Klaus Holz zuletzt am 24. Februar ganz offen der DDR nachsagte. Die willkürliche Unterstellung eines sowjetisch-stalinistischen ideologischen Antisemitismus verbaut mit Holzhammermethoden und einer blendenden Fixation auf den Staat DDR das Aufspüren der Antisemitismen, die es innerhalb der DDR gab. Der bundesdeutsche Geschichtsrevisionismus hat im Übrigen an einer solchen ernsthaften Untersuchung des Antisemitismus KEIN Interesse, nicht zuletzt, weil ein solcher Forschungsauftrag tüchtig auf die Auftraggeber zurückfallen könnte, wenn zum Beispiel aus der Beteiligung von Menschen jüdischer Herkunft am öffentlichen Leben in DDR und BRD ernste Schlüsse gezogen würden (siehe umseitige Liste).

Hoch im Kurs ist, was sich gegen die DDR in Stellung bringen läßt. Ob die fleißigen Hände vor Ort in ihren Vereinen, Studiengängen und Zeitzeugenrunden den Antisemitismus thematisieren oder nicht – etwas DDR-Hetze muß schon rumkommen, wenn z.B. Zeitzeugen sich Gehör verschaffen wollen. Wen in der BRD interessierte denn je ein dem Holocaust entronnener Jude, wenn er nicht auch ein paar Narben aus sowjetischen Zuchthäusern vorzuweisen hatte? Die jüdischen „Opfer des Stalinismus“ können ihre Opferbiographien neben die Urkunde für 1.-Weltkriegs-Veteranen hängen, die schon den jüdischen Möbelkaufhausbesitzer Oppermann in Feuchtwangers Roman „Die Geschwister Oppermann“ im Ernstfall von 1933 nicht vor antisemitischen Exzessen schützte, denn sie haben dem Vaterland, worin sie an ihren Herzen flicken, der BRD, allen Tribut gezollt, den die – momentan – verlangt. „Endlich gibt es öffentliche Würden für jüdische Bürger!“ – weil sie „endlich“ offen über Sowjetsozialismus und DDR herziehen.

2007/08 hatte schon die Amadeu-Antonio-Stiftung, ihres Zeichens Stiftung gegen Nazismus und Rassismus, mit einer absichtsvoll überfinanzierten „Wanderausstellung“ zu „Antisemitismus in der DDR“ („Das hats bei uns nicht gegeben“) von sich reden gemacht, einer Ausstellung, deren rhetorisch-raboullistische ideologische Technik sicher schon daraus erhellt, daß die Macher im Betreff der Quellen auf die minutiös geführten Dokumente des „Ministeriums für Staatssicherheit“ angewiesen waren, also auf die Recherchen genau jener antifaschistischen Institution, die sich – nicht zuletzt gerade für ihre antifaschistischen Beweissammlungen – den größten Haß auf die DDR zuzieht. Nach guten 100 Belegen für die Sensibilität der Organe der DDR in all ihren Zeitabschnitten, was Antisemitismus betraf, erwarten noch logisch denkende Ausstellungsbesucher vielleicht ein paar Thesen zum erfrischenden politischen Bewußtsein der Stasi-Antifaboy. Doch wo früher (als nicht alles besser war, aber zumindest keine NPD-Anhänger Antonio-mordend und keine Bundeswehr-Offiziere Arbeitslose-rekrutierend durch Ostdeutschland zogen) ein selbstbewußter Verweis auf den zum Glück VERORDNETEN Antifaschismus der DDR gefolgt wäre, hatten die Aussteller es für gut befunden, „dezent“

auf die Außenpolitik der DDR auszuweichen und den nächsten Antisemitismusvorwurf gegen „die“ DDR zu erheben: den, daß diese eine teils massiv antisraelische Politik betrieben hat.

Dummerweise focht diese Politik die Jüdischen Gemeinden der DDR wenig an, da sie unausgesetzt ihren religiösen Gepflogenheiten nachgehen konnten. So läßt der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (DDR!) 1966 – der sowjetische Antizionismus strebt gerade auch in der DDR seinem Höhepunkt entgegen – unter staatlichen Akklamationen eine Gedenktafel an der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße errichten. Selbst der 6-Tage-Krieg 1967 ändert nichts am Erscheinen des „Nachrichtenblattes“ der Jüdischen Gemeinde in der DDR. Auch in den restlichen Jahren der Existenz der DDR kommt es zu keinem einzigen Vorfall gegen die Jüdische Gemeinde. Offen antisemitische Beschimpfungen, Übergriffe oder Schlimmeres, wie es bundesdeutscher Alltag ist, bleiben in der DDR unbekannt. Auch Herr Kirschner, letzter Vorsitzender der Berliner Jüdischen Gemeinde, 2008 zu Gast in einer inhaltlichen Veranstaltung der FDJ Berlin, kann sich an die heute allseits beschriebenen Enttäuerungen von Antisemitismus in der DDR nicht erinnern.

Auswirkungen der antiisraelischen Politik auf einen Antisemitismus der DDR konnte die Ausstellung „Das hats bei uns nicht gegeben“, all ihrem Eifer gegen die DDR zum Trotz, nicht nachweisen, denn dafür hat nicht mal „die Stasi“ Belege. Die ganze Substanz der Ausstellung bestand schließlich darin, die hohe Sensibilität der Staatsorgane der DDR im Betreff des Antisemitismus zu dokumentieren, wofür ein erleichtertes „Danke schön!“ zu bestellen wäre, wenn nicht sogar dieser einzige substantielle Punkt der Ausstellung GEGEN die DDR ausgelegt worden wäre, was er weidlich wurde.

Und wird: Im neuen Einladungsflyer der neuen „Beschäftigung mit Antisemitismus“, noch bunter, noch besser gesponsert, noch DDR-feindlicher, braucht ein Einladungstext 3/4 seines Quantums, sich von Antikommunismus, Ablenkungsideologien pro BRD und Gleichsetzung der DDR mit Nazideutschland abzugrenzen. Dieser Krampf, was die Veranstalter alles NICHT „meinen“ und NICHT „wollen“, rettet sie nicht davor, doch ganz richtig verstanden zu werden: von einer westdeutschen Mehrheitsgesellschaft, die sich immer wieder gern bestätigen läßt, daß ANDERE, NUR NICHT SIE SELBER, unausgesetzt in Antisemitismus machen.

Aufmerksamkeit (nicht mal nennenswerte) für die jüdischen Opfer des deutschen Krieges brachte die Öffentlichkeit der BRD erst auf, als sie merkte, daß sie damit höchst effektiv die sowjetischen Opfer marginalisieren, den Feldzug gegen die Sowjetunion verniedlichen, die Verbrechen der deutschen Faschisten verharmlosen und sich selbst von der deutschen Geschichte abkoppeln kann – was notwendig ist, um „neue deutsche Geschichte zu schreiben“. Daß daran nicht allzu viel, eigentlich gar nichts neu ist, liest sich am ersten Angriffskrieg Deutschlands nach 1945 ab: dem Angriffskrieg der BRD auf Jugoslawien.

Einen Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus leisten die Ausstellungskaskaden gegen die DDR jedenfalls alle NICHT, da sie, strikt antisowjetisch intendiert, das Leid der Juden auch nach 1945 nur diesem einen Zweck und Ziel, der Desavouierung der Sowjetunion und DDR, UNTERORDNEN.

Es bleibt beim Alten, daß immer neue Ablenkungen vom deutschen Imperialismus und Antisemitismus und immer neue Entdeckungen von vermeintlich ebenso antisemitischen Gesinnungsbrüdern Deutschlands hofiert werden.

Für einen wahrlich trefflichen Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus halten wir dagegen den 40jährige Zustand zwischen Elbe und Oder, der ein erneutes Auschwitz unmöglich machte, weil dort und damals faschistisches Personal samt Geldgeber und Chefetage aus dem Staat – in den Knast geworfen wurde oder gleich verdientes Todesurteil erhielt.

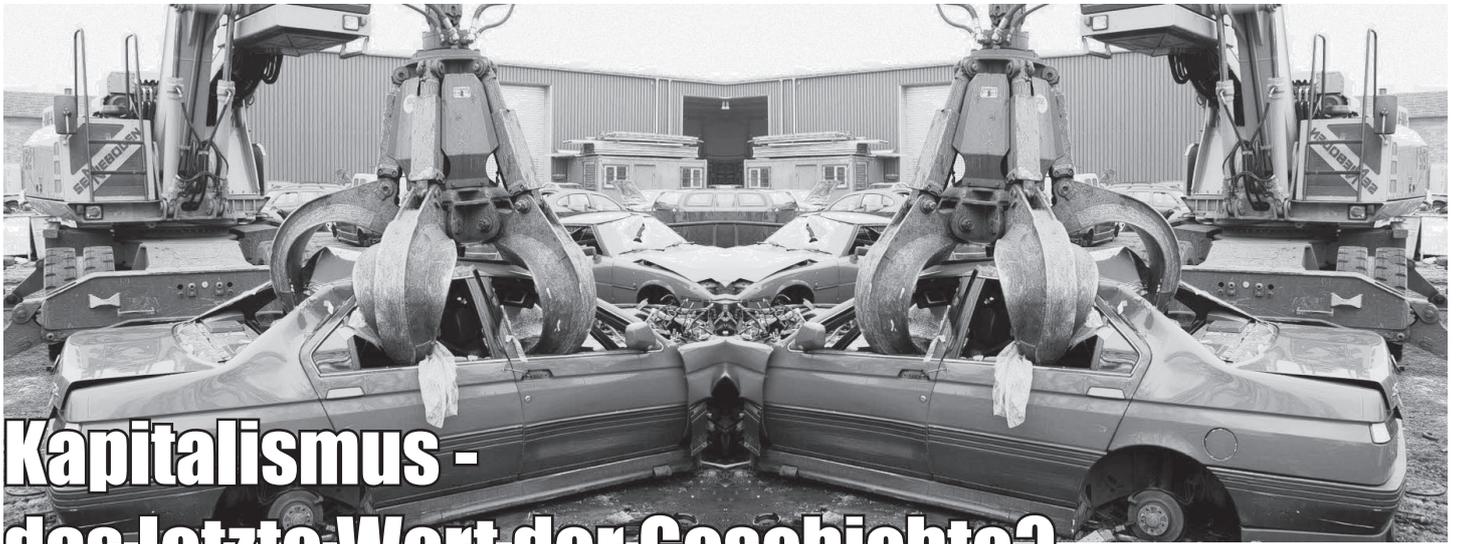
Darum zitieren wir uns hier abschließend genüßlich selber:

Jede Ausstellung, jedes Buch, jeder Film, jedes Hörspiel, jedes Gespräch, und sei es auch nur ein Flüstern, das sich den deutschen Antisemitismus in Ost oder West zum Thema macht und nicht auf der ersten Ausstellungstafel, der ersten Seite, in der ersten Szene, in den ersten Worten vom Weg zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens berichtet, wie ihn die DDR beschritten hat, und diesen sofort bedingungslos für die BRD einfordert, verbleibt bestenfalls in kritischer Begleitung und läßt die Verantwortlichen gewähren. Das ist der FDJ Berlin zu wenig! In der DDR gab es Antisemitismus. Und im Gefüge der sozialistischen Staaten wurde eine Politik gegenüber dem Staat Israel verfolgt, die es nach unserer Ansicht zu überprüfen gilt, wenn auch nicht mit „Gesprächspartnern“ wie der Bundesregierung oder anderen antikommunistischen Vereinen. Aber all das ist, wenn es um diesen kostbaren Zustand geht, der Auschwitz unmöglich macht, nicht das Wesentliche! („Wie antisemitisch war die DDR?“, Flugblatt der FDJ Berlin)

Wir halten gegen das Umschreiben der Geschichte und die Negation des Ansehens der DDR, auch im Sinne der vielen jüdischen Würdenträger der DDR:

DDR-Würdenträger jüdischer Herkunft vor 1945 und nach 1945 (Auswahl!)

Victor Klemperer (1881-1960), Linguist	Vor 1945: „Judenhäuser“ in Dresden	Nach 1945: Abgeordneter der Volkskammer der DDR
Hermann Axen (1916-1992), Politiker	Vor 1945: Internierung in Auschwitz	Nach 1945: Volkskammer und Politbüro des ZK der SED
Anna Seghers (1900-1983), Schriftstellerin	Vor 1945: Exil in Frankreich, Mexiko	Nach 1945: Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR 1952-1978
Albert Norden (1904-1982), Journalist	Vor 1945: Emigration ab 1933	Nach 1945: Volkskammer und Politbüro des ZK der SED
Gerhart Eisler (1897-1968), Journalist	Vor 1945: Exil in den USA	Nach 1945: Zentralkomitee der SED und Volkskammer der DDR
Hilde Eisler (1912-2000), Journalistin	Vor 1945: Emigration ab 1936	Nach 1945: Chefredakteurin des „Magazin“ 1955-79
Herbert Grünstein (1912-1992), General	Vor 1945: Emigration, Internierung	Nach 1945: Inspektor der Volkspolizei und Justizminister
Klaus Gysi (1912-1999), Politiker	Vor 1945: Exil in Frankreich	Nach 1945: Leiter des Aufbau-Verlags und Staatssekretär für Kirchenfragen
Stefan Heym (1913-2001), Schriftsteller	Vor 1945: Flucht in die USA	Nach 1945: Mitglied im Schriftstellerverband der DDR 1953-79
Heinz Kamnitzer (1917-2001), Schriftsteller	Vor 1945: Exil in Großbritannien	Nach 1945: Professor für Geschichte, Präsident des P.E.N.-Zentrums Ost
Lin Jaldati (1912-1988), Sängerin	Vor 1945: Internierung in Auschwitz	Nach 1945: Auftritte und Mitarbeit im Komitee für Menschenrechte der DDR
Paul Wiens (1922-1982), Schriftsteller	Vor 1945: Internierung in Österreich	Nach 1945: Mitglied des Präsidiums des P.E.N.-Zentrums Ost
Hans Jacobus (1923-2003), Journalist	Vor 1945: Flucht nach London	Nach 1945: Chefredakteur von „Sportecho“ und „Sonntag“
Hanns Eisler (1898-1962), Komponist	Vor 1945: Exil in GB und USA	Nach 1945: Gründer der „Akademie der Künste“, Hochschullehrer
Peter Edel (1921-1983), Graphiker	Vor 1945: Auschwitz, Sachsenhausen	Nach 1945: Leitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer
Arnold Zweig (1887-1968), Schriftsteller	Vor 1945: Exil in Frankreich, Palästina	Nach 1945: Präsident des P.E.N.-Zentrums und der Akademie der Künste
Friedrich Wolf (1888-1953), Schriftsteller	Vor 1945: Emigration in die UdSSR	Nach 1945: DDR-Botschafter in Polen, DEFA-Mitgründer
Konrad Wolf (1925-1982), Regisseur	Vor 1945: Emigration in die UdSSR	Nach 1945: Präsident der Akademie der Künste der DDR
Markus Wolf (1923-2006), Geheimdienstler	Vor 1945: Emigration in die UdSSR	Nach 1945: Leiter des Auslands-Nachrichtendienstes HVA der DDR
John Heartfield (1891-1968), Graphiker	Vor 1945: Emigration in CSR und GB	Nach 1945: Mitglied der Akademie der Künste, Professor
Wieland Herzfelde (1896-1988), Publizist	Vor 1945: Exil in CSR, GB, USA	Nach 1945: Präsident des P.E.N.-Zentrums der DDR und Literaturprofessor
Moritz Mebel (*1923), Mediziner	Vor 1945: Emigration in die UdSSR	Nach 1945: Chefarzt, Professor
Ingeborg Rapoport (*1912), Medizinerin	Vor 1945: Exil in den USA	Nach 1945: Professorin
Mitja Rapoport (1912-2004), Biochemiker	Vor 1945: Exil in den USA	Nach 1945: Professor



**Kapitalismus -
das letzte Wort der Geschichte?**

Abwrackprämie der FDJ: 100 DDR-Mark

**für das Ablegen
schrottreifer Ansichten**



liegt im Heft